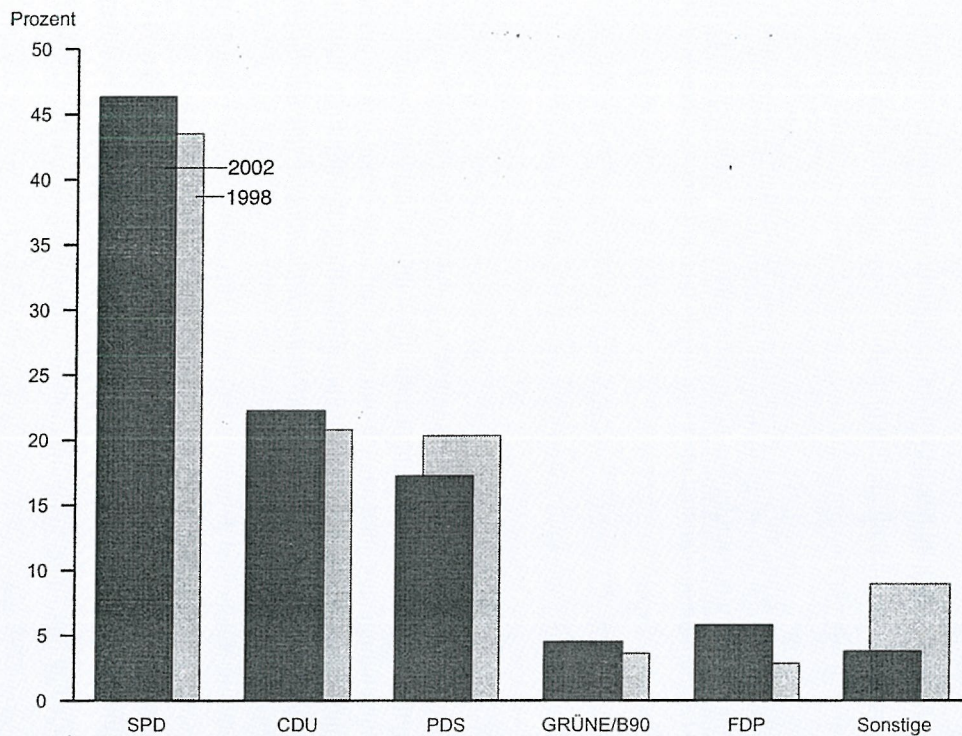


Daten + Analysen

Quartalsheft

Anteile der Parteien an den Zweitstimmen der Bundestagswahlen 1998 und 2002
im Land Brandenburg





Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden (genau null)
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zuhalten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- r = berechnete Zahl
- D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)

Impressum

Schriftleitung:

Dezernat 215

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Analysen,
Wahlen, Dienstleistungen und Handwerk
Torsten Haseloff

Telefon: 0331 39 - 465

E-Mail: Torsten.Haseloff@lds.brandenburg.de

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung
und Statistik

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444

Fax: 0331 39 - 418

Internet: www.brandenburg.de/lds/

E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

ISSN 1617 - 2809

Erschienen im Februar 2003

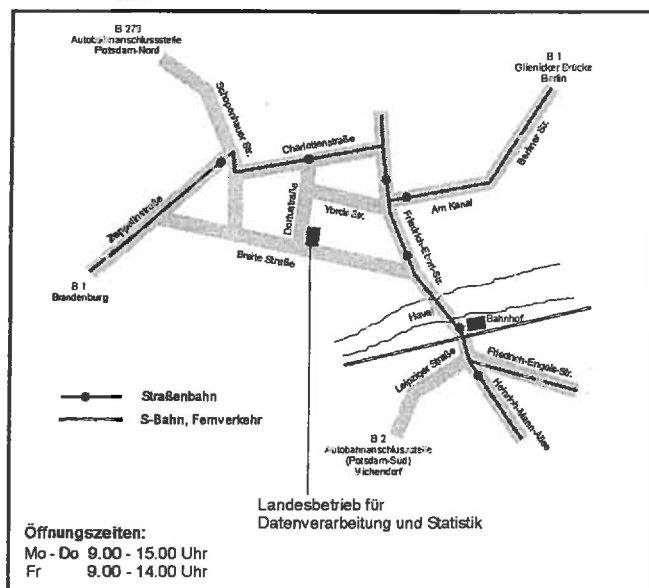
Preis: 5,25 EUR

Auskünfte und Vertrieb

Informationsservice Tel. 0331 39 - 444
 Fax. 0331 39 - 418

Vertrieb Tel. 0331 39 - 497
 Fax. 0331 39 - 418

So finden Sie uns:



© Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, 2003

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Daten + Analysen

IV 2002

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell	5
-----------------------------	----------

Wussten Sie schon...?	10
------------------------------------	-----------

Bevölkerungswachstum 2002 in der Europäischen Union	10
---	----

Beiträge	12
-----------------------	-----------

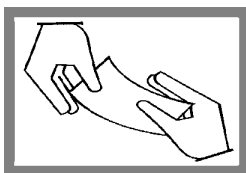
Bundestagswahl am 22. September 2002 im Land Brandenburg	12
Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg.....	20
Leistungen der sozialen Pflegeversicherung 2001	27
Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen	32
Arbeitskosten 2000 in ausgewählten Dienstleistungsbereichen.....	36
Konjunkturstatistik in ausgewählten Dienstleistungsbereichen.....	40
Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg von 1993 bis 2001	42

Buchbesprechungen	46
--------------------------------	-----------

Neue Veröffentlichungen	49
--------------------------------------	-----------

Aus Brandenburg

2001 über 14 000 Schwerbehinderte mehr als vor zwei Jahren



Am Jahresende 2001 lebten im Land Brandenburg **184 825 Schwerbehinderte**, 14 430 Personen bzw. 8,5 Prozent mehr als am Jahresende 1999, dem letzten Jahr der Erhebung. Damit

waren 71 von 1 000 Personen der Bevölkerung des Landes Brandenburg schwerbehindert.

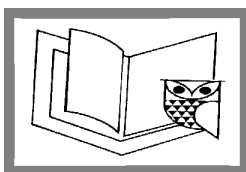
Frauen und Männer sind in gleichem Maße von Schwerbehinderung betroffen.

Als schwerbehindert gelten Personen, denen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung von 50 und mehr zuerkannt worden ist. Mit einem Grad der Behinderung von 50 bis 70 war mehr als die Hälfte aller Schwerbehinderten eingestuft; bei 18,4 Prozent lag ein Grad der Behinderung von 80 bis 90 vor. Mehr als einem Viertel aller schwerbehinderten Personen wurde der Grad von 100 zuerkannt.

Behinderungen treten häufiger im fortgeschrittenen Lebensalter auf. So waren 110 515 Personen 60 Jahre und älter. Nur 3,1 Prozent waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Die Ursache der schwersten Behinderung war bei mehr als drei Viertel (82,5 Prozent) der betroffenen Personen eine allgemeine Krankheit (einschließlich Impfschaden). 8,1 Prozent kamen bereits mit einer Behinderung zur Welt. Bei 1,6 Prozent der Schwerbehinderten liegen die Ursachen in einer anerkannten Kriegs-, Wehr- oder Zivildienstbeschädigung. In Folge von Unfällen (Arbeitsunfall/Berufskrankheit, Verkehrs-, häuslicher, sonstiger Unfall) trat bei 3,6 Prozent der Fälle die Schwerbehinderung auf.

Neuer Höchststand bei den Studierendenzahlen im Wintersemester 2002/2003



Im Wintersemester 2002/2003 sind nach vorläufigen Angaben **37 499 Studierende** an den elf Hochschulen des Landes Brandenburg als Haupt- oder Nebenhörer eingeschrieben. Das

sind 2 845 oder 8,2 Prozent mehr als im Wintersemester des Vorjahres.

Die Zahl der Studentinnen stieg um 1 609 auf 18 962. Damit liegt die Frauenquote knapp über 50 Prozent.

Insgesamt studieren derzeit 4 689 Ausländer an Brandenburgischen Hochschulen. Damit besitzt jeder achte Studierende eine ausländische Staatsbürgerschaft. An der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) ist der Anteil ausländischer Studierender nach wie vor am höchsten (42,5 Prozent). An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus ist der Ausländeranteil in den letzten Jahren stark angestiegen, zurzeit ist hier jeder vierte Studierende ein Ausländer.

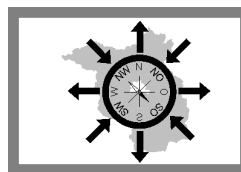
7 015 Studienanfänger hatten zu Semesterbeginn erstmals ein Studium in Deutschland aufgenommen. Das ist seit acht Jahren erstmals ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr.

An den drei Universitäten des Landes sind zurzeit 25 027 Personen eingeschrieben, 2 306 mehr als im vergangenen Wintersemester.

Die Zahl der Studierenden an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) stieg um 459 auf 11 350 an. Damit beträgt der Anteil der Studierenden, die an einer Fachhochschule eingeschrieben sind, 30,3 Prozent. Dieser Anteil ist gegenüber dem vergangenen Wintersemester erstmalig seit Bestehen von Fachhochschulen im Land Brandenburg zurückgegangen.

Am stärksten frequentiert ist nach wie vor die Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Im ersten Studienfach haben sich hierfür 14 174 Studierende eingeschrieben. Es folgen die Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (8 256 Studierende), Ingenieurwissenschaften (6 136) und Mathematik, Naturwissenschaften (5 815). Die anderen Studierenden entfallen auf die Fächergruppen Kunst, Kunstwissenschaft; Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften und Sport. Hohe Zugänge gab es in den Sprach- und Kulturwissenschaften (+ 1 269 Studierende), Mathematik, Naturwissenschaften (+ 714) und Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (+ 489).

Auf und ab beim Brandenburger Export



Nach dem bisher höchsten monatlichen Ergebnis im August verzeichnete der **Brandenburger Export** im September mit 351 Millionen EUR das zweitniedrigste Monatsergebnis im Jahr 2002.

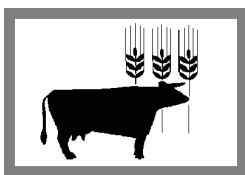
Gegenüber September 2001 betrug der Rückgang 25 Millionen EUR bzw. - 6,6 Prozent. Dieser Zyklus, wonach ein niedriges Monatsergebnis einem höheren folgt, ist insbesondere seit April 2002 zu beobachten.

In den drei Quartalen des Jahres 2002 wurden Waren im Wert von 3,3 Milliarden EUR ausgeführt. Das Exportdefizit

im Vergleich zum Vorjahreszeitraum belief sich auf 67 Millionen EUR bzw. - 2,0 Prozent. Der Rückgang ist insbesondere auf niedrigere Absätze auf amerikanischen (- 192 Millionen EUR) und asiatischen Märkten (- 47 Millionen EUR) zurückzuführen. In den Exportranglisten gab es kaum Veränderungen.

Wichtigste Ausfuhr Güter waren Luftfahrzeuge, pharmazeutische Erzeugnisse und Kunststoffe. Hauptexportland blieben die Vereinigten Staaten, obwohl das Vorjahresergebnis um fast ein Drittel verfehlt wurde, gefolgt von Polen und dem Vereinigten Königreich.

Anbau von Roggen wird erheblich eingeschränkt



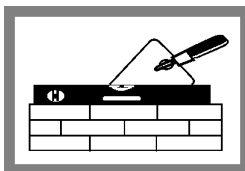
Mit der diesjährigen **Herbstbestellung zur Ernte im Jahre 2003** reagieren die Brandenburger Landwirte bereits auf die Vorschläge der Europäischen Union zum Abbau der Roggenintervention.

In Brandenburg, dem Bundesland mit dem größten Roggenanbau in Deutschland, wird die Anbaufläche dieser Getreideart im Jahr 2003 im Vergleich zum Erntejahr 2002 um rund ein Viertel geringer sein. Das ergab eine repräsentative Befragung landwirtschaftlicher Betriebe aus allen Kreisen des Landes durch den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik. Danach beträgt die Aussaatfläche bei Roggen nur noch 177 000 Hektar; ein Jahr zuvor waren es noch 231 000 Hektar.

Um jeweils rund sieben Prozent wurde dafür der Anbau von Winterraps (+ 8 000 Hektar) und Wintergerste (+ 5 000 Hektar) ausgedehnt.

Der Anbau von 136 000 Hektar Winterweizen und 83 000 Hektar Triticale (Futtergetreideart aus einer Kreuzung von Roggen und Winterweizen) entspricht ziemlich genau dem Niveau des Vorjahres.

Baupreise stiegen 2002 gegenüber dem Vorjahr



Der **Baupreisindex für Wohngebäude** stieg im Land Brandenburg im Berichtsmonat November 2002 gegenüber August 2002 um 0,4 Prozent. Verglichen mit dem entsprechenden

Vorjahresniveau ist eine Erhöhung des Baupreisindex um 2,0 Prozent zu verzeichnen.

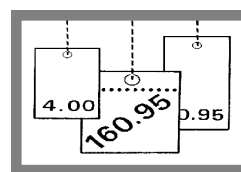
Gegenüber dem letzten Erhebungsmonat August 2002 sind die Preise für Rohbauarbeiten um 0,3 Prozent und die für Ausbauarbeiten um 0,5 Prozent angestiegen. Der Anstieg des Baupreisindex im Vergleich zum November des Vorjahres wird sowohl durch die Erhöhung der Preise für

Roh- als auch der Ausbauarbeiten hervorgerufen. Dabei waren Rohbauarbeiten um 2,4 Prozent und Ausbauarbeiten um 1,6 Prozent teurer.

Für das gesamte Jahr 2002 errechnete sich aus den vier Erhebungsquartalen ein Anstieg des Baupreisindex um 1,3 Prozent gegenüber 2001. Damit wurde der 1997 begonnene Abwärtstrend der Baupreise im Jahr 2002 erstmalig wieder gestoppt (2001/2000: - 1,2 Prozent, 2000/1999: - 0,6 Prozent, 1999/1998: - 1,2 Prozent, 1998/1997: - 1,7 Prozent).

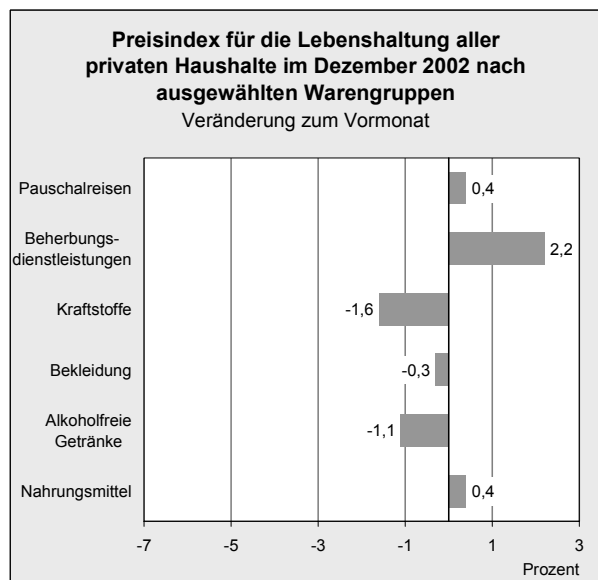
Lebenshaltungsindex im Monat Dezember 2002

Der **Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte** für das Land Brandenburg



verharrte von Mitte November 2002 bis Mitte Dezember 2002 auf einem Indexstand von 110,3 (Basis 1995=100). Die Jahresteuerrate gegenüber Dezember 2001 betrug + 0,5 Prozent.

Die Entwicklung der Verbraucherpreise im Dezember 2002 war durch gegenläufige Preisveränderungen in den einzelnen Hauptgruppen gekennzeichnet, die im Endeffekt keine Veränderung gegenüber dem Vormonat bewirkten. Gegenüber Dezember 2001 betrug die Teuerungsrate + 0,5 Prozent.



Für das Jahr 2002 wurde eine durchschnittliche jährliche Teuerung von + 1,0 Prozent errechnet. Die jährlichen Teuerungsrate im Jahresverlauf bewegten sich zwischen + 0,4 und + 2,3 Prozent und wurden stark beeinflusst von der Entwicklung der Preise im Jahr 2001.

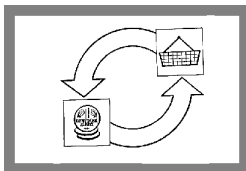
Spürbar teurer als im Jahr 2001 waren Molkereiprodukte (+ 1,8 Prozent), Brot und Backwaren (+ 1,3 Prozent), alkoholische Getränke und Tabakwaren (+ 2,8 Prozent), Nettokaltmieten (+ 0,5 Prozent), Möbel (+ 1,9 Prozent), Verkehrsdienstleistungen (+ 3,4 Prozent), Kraftstoffe (+ 2,1 Prozent), Pauschalreisen (+ 1,8 Prozent), Zeitungen und Zeitschriften (+ 4,4 Prozent), Bücher (+ 3,1 Prozent), Bildungsdienstleistungen (+ 8,3 Prozent), Verpflegungsdienstleistungen (+ 3,0 Prozent), Beherbergungsdienstleistungen (+ 3,6 Prozent) und Finanzdienstleistungen (+ 6,5 Prozent).

Günstiger als im Jahr 2001 waren Fleisch und Fleischwaren (- 0,8 Prozent) sowie Strom, Gas und andere Brennstoffe (- 1,5 Prozent). Auf dem Niveau des Vorjahres blieben die Preise für Bekleidung, Schuhe und Telekommunikation.

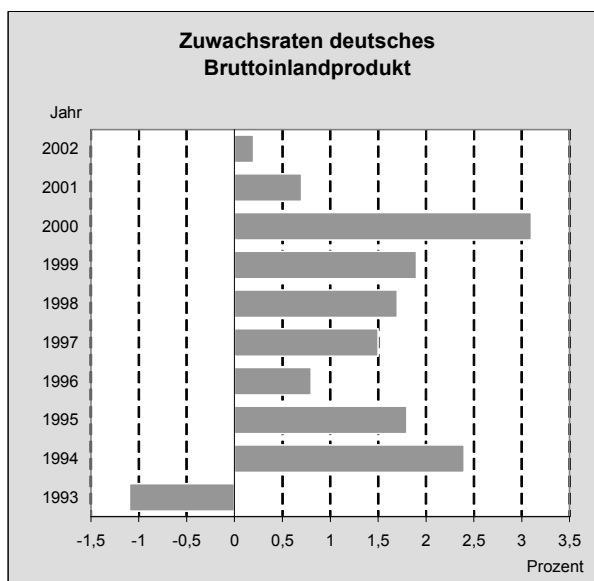
Mit Berichtsmonat Januar 2003 wird der Preisindex für die Lebenshaltung auf das neue Basisjahr 2000 umgestellt. Die neu ermittelten Ergebnisse für das Land Brandenburg werden erstmals am 27. Februar 2003 für die Monate Januar und Februar 2003 veröffentlicht.

Aus Deutschland

0,2 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr 2002



Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahm das **deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2002** im Vergleich zum Vorjahr real um 0,2 Prozent zu. Das war – nach einem Rückgang im Jahr 1993 (- 1,1 Prozent) – das schwächste wirtschaftliche Wachstum in Deutschland seit der Wiedergewinnung der deutschen Einheit.



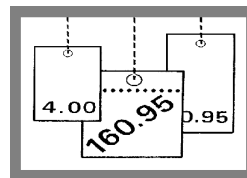
Zum Wirtschaftswachstum 2002 trug der reale Exportüberschuss (Außenbeitrag) mit 1,5 Prozentpunkten bei; die inländische Verwendung des Bruttoinlandsprodukts ging dagegen um 1,3 Prozent zurück. Die Rückgänge der realen Bruttoinvestitionen (- 6,4 Prozent) und der privaten Konsumausgaben (- 0,5 Prozent) wurden von der Zunahme der staatlichen Konsumausgaben (+ 1,5 Prozent) nicht ausgeglichen.

Der Staatssektor wies im Jahr 2002 nach noch vorläufigen Berechnungen ein Finanzierungsdefizit von 77,2 Milliarden Euro auf; bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen sind dies 3,7 Prozent. Der Referenzwert nach dem Maastrichtvertrag liegt bei 3 Prozent.

Diese und weitere Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können im Internet unter www.destatis.de abgerufen werden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Mehr Tabakwaren im Jahr 2002 versteuert



In Deutschland wurden im Jahr 2002 **Tabakwaren im Kleinverkaufswert** (Verkaufswert im Einzelhandel) von 23,3 Milliarden Euro versteuert. Das waren 1,7 Milliarden EUR oder 7,8 Prozent

mehr als im Vorjahr. Dieses Ergebnis ergibt sich aus dem Steuerzeichenbezug von Herstellern und Händlern nach Abzug von Steuererstattungen für zurückgegebene Bänderolen (Netto-Bezug). Nach Abzug der Steuererstattungen wurden folgende Tabakerzeugnisse in Deutschland versteuert:

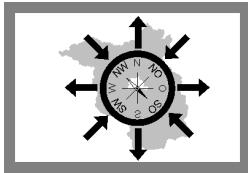
Netto-Bezug von Tabaksteuerzeichen im Jahr 2002

Tabakerzeugnis	Versteuerte Verkaufswerte	Veränderung zum Vorjahr	Versteuerte Mengen		Veränderung zum Vorjahr
	EUR	Prozent	Anzahl	Einheit	Prozent
Zigaretten	21,6 Mrd.	+ 8,6	145,1 Mrd.	Stück	+ 1,8
Zigarren und Zigarillos	566 Mill.	+ 13,3	3 068	Mill.Stück	+ 22,2
Feinschnitt	1,1 Mrd.	+ 30,5	15 473	Tonnen	+ 12,1
Pfeifentabak	86 Mill.	- 8,7	847	Tonnen	- 8,4
Insgesamt	23,3Mrd.	+ 7,8	x	x	x

Die Steuerwerte der Tabakwarenbanderolen betrugen für das Berichtsjahr 13,8 Milliarden EUR (+ 14,0 Prozent). Im vierten Quartal 2002 wurden wegen der weiteren Steuererhöhung zum 1. Januar 2003 auf Zigaretten und Feinschnitt erheblich mehr Tabakwaren abgesetzt. Im gleichen Quartal wurden mengenmäßig 9,9 Prozent mehr Zigaret-

ten und 23,9 Prozent mehr Feinschnitt gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum abgesetzt.
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Außenhandel mit Frankreich seit 1962 verzwanzigfacht



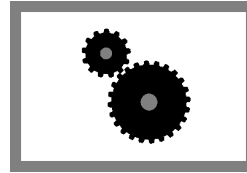
Die **deutschen Umsätze im Außenhandel mit Frankreich** sind von 1962 bis 2001 von 5,5 auf 119,3 Milliarden EUR gestiegen. Damit hat sich der deutsch-französische Handel in diesem Zeitraum nominal mehr als

verzwanzigfacht. Seit 1986 ist Frankreich ohne Unterbrechung sowohl ausfuhr- als auch einfuhrseitig wichtigster Außenhandelspartner für Deutschland. Im Jahr 1973 erreichte der Anteil des deutsch-französischen Handels an den gesamten deutschen Außenhandelsumsätzen innerhalb des betrachteten Zeitraums den Höchststand von 13,5 Prozent (2001: Anteil von 10,1 Prozent). Im Jahr 2001 wurden von deutschen Unternehmen Waren im Wert von 69,6 Milliarden EUR nach Frankreich exportiert und Waren im Wert von 49,7 Milliarden EUR von dort importiert. Dies entspricht ausfuhrseitig einer Vorjahressteigerung um 3,2 Prozent, einfuhrseitig einem Rückgang von 2,4 Prozent. Der Saldo der Handelsbilanz mit Frankreich ist seit 1966 (1965: - 0,05 Milliarden EUR) für Deutschland durchgehend positiv und belief sich im Jahr 2001 auf 19,9 Milliarden EUR zugunsten Deutschlands. Die Haupthandelsgüter im deutschen Außenhandel mit Frankreich waren im Jahr 2001 in beiden Handelsrichtungen Kraftwagen und Kraftwagenteile (Ausfuhren im Wert von 10,4 Milliarden EUR, Anteil von 15,0 Prozent an den deutschen Exporten nach Frankreich; Einfuhren im Wert von 7,0 Milliarden EUR, Anteil von 14,1 Prozent an den deutschen Einfuhren aus Frankreich), sonstige Fahrzeuge (Ausfuhren 10,4 Milliarden EUR, Ausfuhranteil 15,0 Prozent; Einfuhren 8,5 Milliarden EUR, Einfuhranteil 17,2 Prozent) sowie chemische Erzeugnisse (Ausfuhren 8,5 Milliarden EUR, Ausfuhranteil 12,2 Prozent; Einfuhren 6,4 Milliarden EUR, Einfuhranteil 12,9 Prozent).

Eckdaten über Frankreich und Deutschland im Vergleich sowie Informationen über die Zusammenarbeit beider Länder auf dem Gebiet der Statistik finden Sie aktuell im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de.

Aus Europa

Deutsche Regionen führend in der Hochtechnologie-industrie



Zwischen 1996 und 2001 stieg in der EU die Zahl der **Erwerbstätigen in den Hochtechnologie-Sektoren** des Verarbeitenden Gewerbes und in den wissensintensiven Dienstleistungen

schneller als in anderen Wirtschaftszweigen. So betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in den Zweigen des verarbeitenden Gewerbes mit hohem und mittlerem Technologieniveau 1,0 Prozent gegenüber 0,5 Prozent im verarbeitenden Gewerbe insgesamt. Während der Zuwachs im gesamten Dienstleistungssektor 2,1 Prozent betrug, waren es in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen 3,0 Prozent, in den Dienstleistungsbranchen mit hohem Technologieniveau gar 6,1 Prozent.

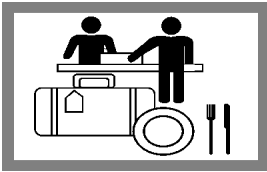
Im Jahr 2001 arbeiteten 7,6 Prozent aller EU-Erwerbstätigen in Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes mit hohem und mittlerem Technologieniveau und 32,9 Prozent in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen.

Mit einem **Erwerbstätigenanteil der Hochtechnologie-Sektoren von 11,2 Prozent war Deutschland** auch 2001 der EU-Mitgliedstaat mit der höchsten Spezialisierung in diesem Bereich, gefolgt von Schweden mit 7,9 Prozent. Luxemburg rangierte mit 1,2 Prozent am anderen Ende der Skala.

Bei den wissensintensiven Dienstleistungen wurden besonders hohe Anteile in Schweden (45,7 Prozent), Dänemark (42,7 Prozent), dem Vereinigten Königreich (40,3 Prozent) und den Niederlanden (40,0 Prozent) festgestellt. Den niedrigsten Anteil verzeichnete Portugal (19,1 Prozent).

Deutschlands eindeutige Spitzenstellung in der Hochtechnologieindustrie spiegelt sich auch auf regionaler Ebene wider. Hinsichtlich des Anteils der Erwerbstätigen in Industriezweigen mit hohem und mittlerem Technologieniveau sind unter den **zehn führenden Regionen nicht weniger als neun deutsche Regionen vertreten**. An erster Stelle steht Stuttgart mit 21,0 Prozent der Erwerbstätigen in diesem Sektor, gefolgt von Tübingen (18,1 Prozent), Braunschweig (17,8 Prozent), Karlsruhe (16,9 Prozent) und Franche-Comté in Frankreich (16,6 Prozent).
(Quelle: Eurostat)

Binnenmarkt: Zehn Jahre ohne Grenzen haben Europa verändert - aber das ist erst der Anfang.

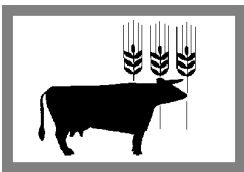


In Folge des Binnenmarkts wurden in der EU seit Aufhebung der Grenzen am 1. Januar 1993 ca. 2,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Das Bruttoin-

landsprodukt (BIP) der EU ist 2002 um 1,8 Prozent oder 164,5 Milliarden EUR höher als es ohne den Binnenmarkt wäre. Der zusätzliche Wohlstandsgewinn beträgt 877 Milliarden EUR. Diese Zahl entspricht der Summe des zusätzlichen BIP, das seit 1992 durch den Binnenmarkt pro Jahr erwirtschaftet wurde. Das sind im Schnitt 5 700 EUR je Haushalt. Die Europäische Kommission hat diese Zahlen, die auf eher vorsichtigen Schätzungen beruhen, im Rahmen eines Berichts mit dem Titel „Der Binnenmarkt - Zehn Jahre ohne Grenzen“ veröffentlicht. Der Bericht gibt einen Überblick über die Errungenschaften, die der Binnenmarkt in dem Jahrzehnt seit Aufhebung der Grenzen erreicht hat, mit der auch eine enorme Zahl von Hindernissen für die europäische Wirtschaft beseitigt wurde. Der Bericht blickt aber auch in die Zukunft und nennt die Bereiche, in denen der Binnenmarkt sein volles Potenzial noch nicht ausspielen kann. Ferner werden Bereiche von vordringlicher Bedeutung angesprochen, wie beispielsweise der Dienstleistungssektor, in denen weitere Maßnahmen erforderlich sind. Der volle Wortlaut des Berichts „Der Binnenmarkt - Zehn Jahre ohne Grenzen“ sowie weitere Einzelheiten über den Binnenmarkt zehn Jahre nach seinem Entstehen sind auf der Internetseite nachzulesen europa.eu.int/comm/10years.

(Quelle: Eurostat)

2003 treten strengere Etikettierungsvorschriften für Fleisch in Kraft



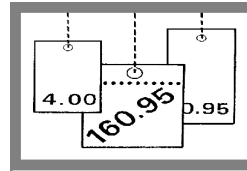
Am 1. Januar 2003 ist eine Richtlinie zur Änderung der geltenden Gemeinschaftsvorschriften in Kraft getreten, mit der die Definition des Begriffes „Fleisch“ hinsichtlich der Etiket-

tierung von Fleischerzeugnissen präzisiert wird, wobei für die betreffenden Erzeugnisse bis Ende Juni 2003 noch eine Übergangszeit mit „doppeltem“ Warenverkehr, d. h. Etikettierung entweder bereits nach der neuen oder aber noch nach der bisherigen Regelung, gilt. Verbraucher verstehen unter Fleisch in der Regel Muskelfleisch. Nach der neuen Definition wird nunmehr deutlich, ob Muskelfleisch, Fett oder Innereien verzehrt werden. Es muss auch die Tierart, von der das Fleisch stammt, systematisch angegeben werden, damit beispielsweise „Rindfleisch“ von „Schweinefleisch“ unterschieden werden kann. Die Richtlinie gilt für Erzeugnisse, die Fleisch als Zutat enthalten;

Fleisch, das in unverarbeitetem Zustand angeboten wird, fällt nicht darunter. Betroffen sind somit Erzeugnisse wie Würste, Fleisch- und Wurstwaren, Fertiggerichte und Fleischkonserven.

(Quelle: Eurostat)

Inflationsrate der Eurozone auf 2,3 Prozent gestiegen



Die jährliche Inflationsrate misst die Preisveränderungen im laufenden Monat gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres. Sie stieg in der Eurozone insgesamt von 2,2 Prozent im

November auf 2,3 Prozent im Dezember 2002. Ein Jahr zuvor hatte die Rate bei 2,0 Prozent gelegen.

Die jährliche Inflationsrate der 15 Mitgliedstaaten der EU erhöhte sich von 2,1 Prozent im November auf 2,2 Prozent im Dezember 2002. Ein Jahr zuvor betrug die Rate 1,9 Prozent.

Im Vergleich zum Vormonat November 2002 stieg die jährliche Inflationsrate in neun Mitgliedstaaten, sank in vier und blieb in zwei weiteren unverändert. Die größten relativen Rückgänge gegenüber dem Vorjahresmonat Dezember 2001 verzeichneten Schweden (von 3,2 Prozent auf 1,7 Prozent), Belgien (von 2,0 auf 1,3 Prozent) und die Niederlande (von 5,1 auf 3,5 Prozent). Dagegen verbuchten Luxemburg (von 0,9 auf 2,8 Prozent), das Vereinigte Königreich (von 1,0 auf 1,7 Prozent) und Spanien (von 2,5 auf 4,0 Prozent) die größten relativen Anstiege.

Zur Bewertung der Preisstabilität wird die Durchschnittsinflationsrate über zwölf Monate im Vergleich mit den Durchschnitt der vorhergehenden zwölf Monate als Maßzahl herangezogen. Die niedrigsten Durchschnitte über zwölf Monate bis einschließlich Dezember 2002 wurden in Deutschland und dem Vereinigten Königreich (jeweils 1,3 Prozent) sowie in Belgien (1,6 Prozent) verzeichnet; dagegen hatten Irland (4,7 Prozent), Griechenland und die Niederlande (jeweils 3,9 Prozent) die höchsten.

Die Preisentwicklung in den Mitgliedstaaten verlief unterschiedlich. Die höchste jährliche Teuerungsrate im Dezember verzeichnete Irland (4,6 Prozent), gefolgt von Spanien und Portugal mit jeweils 4,0 Prozent. Dagegen verbuchte Deutschland mit 1,1 Prozent die niedrigste Rate, gefolgt von Belgien (1,3 Prozent), Österreich, Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich (jeweils 1,7 Prozent).

(Quelle: Eurostat)

Bevölkerungswachstum 2002 in der Europäischen Union

Nach den ersten Bevölkerungsschätzungen für 2002 dürfte am 1. Januar 2003 die Europäische Union (EU) 378,5 Millionen Einwohner zählen. Die Einwohnerzahl der Eurozone wird auf 305,1 Millionen geschätzt und die der zehn Beitretenden Länder auf 74,5 Millionen. In der EU waren im Jahr 2002 weniger Geburten, aber mehr Sterbefälle zu verzeichnen. Insgesamt nahm jedoch die Bevölkerung in der EU im Jahr 2002 um 1,3 Millionen Personen zu. Dieses Wachstum ist vor allem auf die Auswirkungen der internationalen Wanderungsströme zurückzuführen.

Von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg, wurden im Januar 2003 erste Schätzungen über Bevölkerungsdaten veröffentlicht. Danach dürfte die EU am 1. Januar 2003 378,5 Millionen Einwohner zählen. Die Einwohnerzahl der Eurozone wird auf 305,1 Millionen geschätzt und die der zehn Beitretenden Länder auf 74,5 Millionen.

In den meisten EU-Mitgliedstaaten fand in den Jahren 2000 und 2001 eine Volkszählung statt. Im Ergebnis wurden insbesondere in Italien und im Vereinigten Königreich am 1. Januar 2001 und 2002 weniger Menschen gezählt als erwartet.

Eurozone: Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland

Beitretende Länder: Zypern, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei und Slowenien.

Während die Einwohnerzahl der EU im Jahr 2002 um 3,6 je Tausend Einwohner zunahm, ging sie in den Beitretenden Ländern um 1,8 je Tausend Einwohner zurück. Dabei waren sowohl beim natürlichen Bevölkerungswachstum, als auch beim Wanderungssaldo unterschiedliche Tendenzen zu verzeichnen.

Das natürliche Bevölkerungswachstum in der EU (Lebendgeburten abzüglich Sterbefälle) dürfte im Jahr 2002 bei + 310 000 Personen liegen und bleibt damit unter dem Wert von 2001 (+ 370 000). Der Wanderungssaldo wird voraussichtlich leicht rückläufig sein, er sinkt von + 1 150 000 im Jahr 2001 auf + 1 030 000 im Jahr 2002. Insgesamt nimmt damit die Bevölkerung in der EU im Jahr 2002 um 1 340 000 Personen zu. Dieser Wachstum entspricht den Zunahmen der letzten Jahre, bleibt aber verglichen mit der Entwicklung in den 50er und 60er Jahren bescheiden.

Geburten rückläufig, Sterbefälle steigend, natürliches Wachstum daher rückläufig

In der EU waren im Jahr 2002 weniger Geburten, aber mehr Sterbefälle zu verzeichnen. Die Zahl der Lebendgeburten erreichte in der EU im Jahr 2002 mit 3,99 Millionen (das sind 0,3 Prozent weniger als 2001) einen neuen Nachkriegstiefstand. Die höchsten Geburtenraten waren in Irland (14,8 Lebendgeburten je Tausend Einwohner), Frankreich (12,9) und den Niederlanden (12,5) zu verzeichnen. Die niedrigsten Geburtenraten verbuchten Deutschland (8,8), Griechenland (9,0), Italien und Österreich (jeweils 9,6). Von den Beitretenden Ländern hatte Zypern mit 10,8 Lebendgeburten je Tausend Einwohner die höchste Geburtenrate und die einzige über dem EU-Durchschnitt vorzuweisen, während sie in Lettland (8,5) am niedrigsten war.

In der EU sind im Jahr 2002 schätzungsweise 3,68 Millionen Menschen gestorben und somit etwa 60 000 mehr als 2001. Erstmals überwogen die Auswirkungen der zunehmenden Zahl alter Menschen den Rückgang der Sterbeziffern. Die höchsten Sterbeziffern waren im Jahr 2002 in Dänemark (10,9 Sterbefälle je Tausend Einwohner) und Schweden (10,6) zu verzeichnen, die niedrigsten in Irland (7,7) und Luxemburg (8,3). In den Beitretenden Ländern war die höchste Sterbeziffer in Lettland (13,8) festzustellen und die niedrigste in Zypern (6,4).

Mit dem größten natürlichen Bevölkerungswachstum wird in Irland (7,1 je Tausend Einwohner), Frankreich (4,0) und den Niederlanden (3,8) gerechnet. In drei Mitgliedstaaten war ein Rückgang zu verzeichnen: Deutschland (- 1,4), Griechenland (- 0,4) und Italien (- 0,3). Von den Beitretenden Ländern verbuchten lediglich Zypern (+ 4,4) und Malta (+ 1,9) ein natürliches Bevölkerungswachstum. Der stärkste Rückgang lag in Lettland (- 5,3 je Tausend Einwohner) vor.

Mehr als drei Viertel des Bevölkerungswachstums geht auf Wanderungssaldo zurück

Mehr als drei Viertel des Bevölkerungswachstums in der EU waren im Jahr 2002 auf die Auswirkungen der internationalen Wanderungsströme zurückzuführen. Dabei entfielen auf Deutschland und Spanien ein Anteil von jeweils 22 Prozent am Wanderungssaldo der EU, auf Italien 15 Prozent und auf das Vereinigte Königreich 10 Prozent.

Die relativ höchsten Wanderungssaldi hatten Luxemburg und Portugal (jeweils + 6,7 je Tausend Einwohner) sowie Spanien (+ 5,6) und Irland (+ 5,1) zu verzeichnen, während die Wanderungssaldi in Frankreich (+ 1,0), Finnland (+ 1,1), den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich (jeweils + 1,8) relativ am niedrigsten waren. Ohne Nettozuwanderung hätten Deutschland, Griechenland und Italien einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen gehabt.

Fünf Beitretende Länder zählten im Jahr 2002 mehr Abwanderer als Zuwanderer, dies gilt vor allem für die Tschechische Republik (- 4,7 je Tausend Einwohner) und Lettland (- 2,0). In der Slowakei war der Wanderungssaldo sehr gering, während die höchsten Wanderungssalden in Zypern (+ 4,9) und Malta (+ 2,3) vorlagen.

Bevölkerungswachstum rangierte 2002 zwischen + 12,2 je Tausend Einwohner in Irland und - 7,3 je Tausend Einwohner in Lettland

Insgesamt verlief die Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2002 in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich, wenngleich die Bevölkerung in allen Ländern gestiegen ist. Das stärkste Wachstum wurde in Irland (+ 12,2 je Tausend Einwohner) und Luxemburg (+ 10,3) verzeichnet und das geringste in Deutschland (+ 1,4) und Italien (+ 2,3).

Sieben der zehn Beitretenden Länder, darunter vor allem Lettland (- 7,3 je Tausend Einwohner) und die Tschechische Republik (- 6,1), hatten im Jahr 2002 einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, während lediglich in Zypern (+ 9,3), Malta (+ 4,2) und Slowenien (+ 1,1) ein Bevölkerungswachstum festzustellen war.

Weitere Informationen sind der Veröffentlichung „**Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung – Ausgabe 2002**“, die auch eine CD-ROM beinhaltet (siehe Kasten) zu entnehmen.

(Quelle: Eurostat)

Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung , Ausgabe 2002



Wie in den vergangenen Jahren, so enthält auch diese Ausgabe neben demografischen Daten über die Europäische Union und ihre 15 Mitgliedstaaten, auch entsprechende Daten über die anderen Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), die Schweiz und einige mitteleuropäische Länder sowie Zypern und Malta. In dieser Ausgabe werden die in Zusammenarbeit mit dem Europarat gesammelten neuesten Zahlen zu den hauptsächlichen demografischen Indikatoren für das Jahr 2001 vorgestellt. Die (nur auf der CD-ROM wiedergegebenen) nationalen Berichte über die demografische Situation in den einzelnen EWR-Ländern und der Schweiz beziehen sich dagegen auf das Jahr 2000.

In dieser ausführlichen Veröffentlichung wird die Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen

untergliedert. Sie enthält weiterhin Angaben über Geburten, Sterbefälle, Wanderungen, Eheschließungen, Scheidungen, Fruchtbarkeit, Lebenserwartung und Bevölkerungsvorausschätzungen. Darüber hinaus umfasst sie zahlreiche Zeitreihen seit 1960.

Die Publikation umfasst 170 Seiten, kostet 50 EUR (zzgl. Versand) und kann unter ISBN 92-894-4323-5 bestellt werden beim



Statistisches Bundesamt

i-Punkt Berlin/ Eurostat Data
Otto-Braun-Straße 70/ 72
10178 Berlin



01888 644 - 9427



01888 644 - 9430



E-Mail: datashop@destatis.de
Internet: www.eu-datashop.de

Bundestagswahl am 22. September 2002 im Land Brandenburg

Am 22. September 2002 wurde über die Zusammensetzung des 15. Deutschen Bundestages entschieden. Im Land Brandenburg stellten sich insgesamt acht Parteien dem Zweitstimmenvotum der Wählerinnen und Wähler. Für die Vergabe der Erststimme standen in den zehn Bundestagswahlkreisen des Landes Brandenburg insgesamt 60 Direktkandidaten zur Wahl.

Im nachfolgenden Beitrag werden die wesentlichen Ergebnisse der Bundestagswahl 2002 im Land Brandenburg sowie einige Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik dargestellt.

Allgemeines zur Wahl

In den bundesweit 299 Wahlkreisen wurden am 22. September 2002 insgesamt 598 Abgeordnete (ohne Überhangmandate) für den Deutschen Bundestag nach den Grundsätzen einer mit Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat bei der Wahl zwei Stimmen. Mit der Erststimme wählt er in seinem Wahlkreis den Kandidat einer Partei (Personenwahl) und mit der Zweitstimme die Partei (Verhältniswahl). Das heißt, dass 299 Abgeordnete über die Personenwahl in den Wahlkreisen (Direktsitze) und 299 Mandate über die Landeslisten der Parteien gewählt wurden.

Das Verhältnis der auf die Landeslisten entfallenden Zweitstimmen ist ausschlaggebend dafür, wie viele Mandate jede Partei im Bundestag erhält. Die durch Personenwahl in den Wahlkreisen errungenen Direktmandate verbleiben einer Partei auch dann, wenn auf die Partei in einem Bundesland mehr Direktsitze entfallen als ihr auf Grund der Zweitstimmen bei der allgemeinen Sitzverteilung zustehen. Die Gesamtzahl der Sitze im Deutschen Bundestag erhöht sich dann um die Zahl dieser Überhangmandate.

Zur Bundestagswahl 2002 sind insgesamt 5 Überhangmandate angefallen, davon entfielen vier auf die SPD und ein Mandat auf die CDU. Somit besteht der 15. Deutsche Bundestag aus insgesamt 603 Abgeordneten.

Wahlvorschlagsträger und Wahlbewerber

Im Land Brandenburg gab es zur Bundestagswahl zehn Wahlkreise. Somit wurden zehn Abgeordnete, die im 15. Deutschen Bundestag vertreten sind, direkt in den Wahlkreisen mittels der Erststimme gewählt. Mit der Zweitstimme entschieden sich die Wählerinnen und Wähler für die Landesliste einer Partei.

Im Land Brandenburg wurden zur Bundestagswahl 2002 die **Landeslisten** der SPD, CDU, PDS, GRÜNE/B90, FDP,

NPD, GRAUE und Schill sowie 60 **Kreiswahlvorschläge** zugelassen.

Wahlkreisbewerber der SPD, CDU, PDS, GRÜNE/B90 und FDP kandidierten in allen zehn Wahlkreisen. Kandidaten der NPD bewarben sich in drei, Kandidaten der Partei GRAUE in zwei Wahlkreisen. Die Parteien Schill und FAMILIE traten jeweils in einem Wahlkreis an. Weiterhin gab es Kreiswahlvorschläge von drei Einzelbewerbern.

Um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler bewarben sich im Land Brandenburg insgesamt 93 Frauen und Männer. Es kandidierten

- 19 Frauen und 41 Männer als Direktkandidaten in den zehn Bundestagswahlkreisen und
- 25 Wahlbewerberinnen und 53 Wahlbewerber auf den Landeslisten der acht zugelassenen Parteien.

Von diesen Bewerbern traten 45 Kandidaten (17 Frauen und 28 Männer) sowohl in einem Wahlkreis als auch auf einer Landesliste an.

Anzahl der Bewerber auf Landeslisten und in Wahlkreisen		
Kurzbezeichnung	Bewerber auf Landeslisten	Direktkandidaten in Wahlkreisen
SPD	17	10
CDU	10	10
PDS	10	10
GRÜNE/B90	4	10
FDP	10	10
NPD	6	3
GRAUE	7	2
Schill	14	1
FAMILIE	–	1
Einzelbewerber	–	3
Insgesamt	78	60

Im Vergleich dazu beteiligten sich zur Bundestagswahl am 27. September 1998 im Land Brandenburg 154 Personen. In den 1998 bestehenden 12 Bundestagswahlkreisen traten 88 Direktkandidaten und auf den Landeslisten von 13 zugelassenen Parteien 121 Wahlbewerber an.

Der **Anteil der Frauen** an den Bewerbern lag bei 29,0 Prozent und somit um 1,7 Prozentpunkte höher als zur Bundestagswahl am 27. September 1998. Mit 71,4 Prozent stellte die Partei GRAUE den höchsten Frauenanteil, gefolgt von der SPD, die mit 8 Kandidatinnen, das sind 47,1 Prozent ihrer Bewerber, antrat. Für die Partei Schill kandidierte eine und für die NPD keine weibliche Bewerberin.

Das **Durchschnittsalter** der 93 Kandidatinnen und Kandidaten betrug 47 Jahre. Zur Bundestagswahl 1998 lag das Durchschnittsalter bei 45 Jahren. Gegenüber der Bundestagswahl 1998 erhöhte sich das Durchschnittsalter der Bewerber der Partei GRAUE um 14 Jahre, der NPD um 9 Jahre, der PDS um 6 Jahre und der Partei GRÜNE/B90 um 5 Jahre. Das Durchschnittsalter der Kandidaten der CDU und FDP veränderte sich nicht im Vergleich zur Bundestagswahl 1998. Die SPD stellte zur Bundestagswahl am 22. September 2002 im Durchschnitt ein Jahr jüngere Bewerber (44 Jahre) als noch zur Bundestagswahl 1998 (45 Jahre).

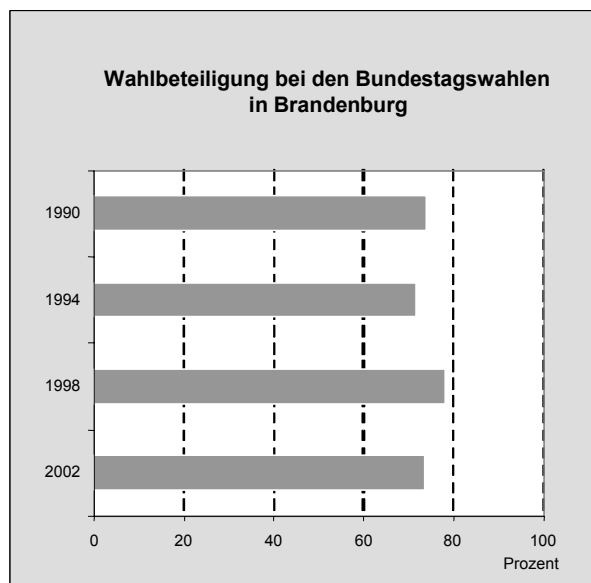
Die **jüngste Wahlbewerberin** war 22 Jahre alt und kandidierte auf Listenplatz 16 für die Landesliste der SPD. Mit 75 Jahren wurde der älteste Bewerber auf Listenplatz 7 für die Partei GRAUE nominiert.

Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Wähler

Von den 2 586 871 Einwohnern des Landes Brandenburg (Stand: 30.06.2002) waren zur Bundestagswahl 2002 insgesamt 2 101 025 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Das entsprach einem Anteil von 81,2 Prozent der Einwohner. Im Vergleich zur Bundestagswahl im Jahr 1998 waren es 68 722 Bürgerinnen und Bürger mehr, die ihr Wahlrecht ausüben konnten.

Ihre Stimme gaben 1 547 957 Wählerinnen und Wähler ab. Die **Wahlbeteiligung** lag bei 73,7 Prozent und fiel gegenüber der Wahl 1998 um 4,4 Prozentpunkte niedriger aus.

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung der Bundestagswahlen 1990 bis 2002			
Jahr	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung
	Anzahl		Prozent
2002	2 101 025	1 547 957	73,7
1998	2 032 303	1 587 152	78,1
1994	1 934 963	1 383 467	71,5
1990	1 965 198	1 449 866	73,8



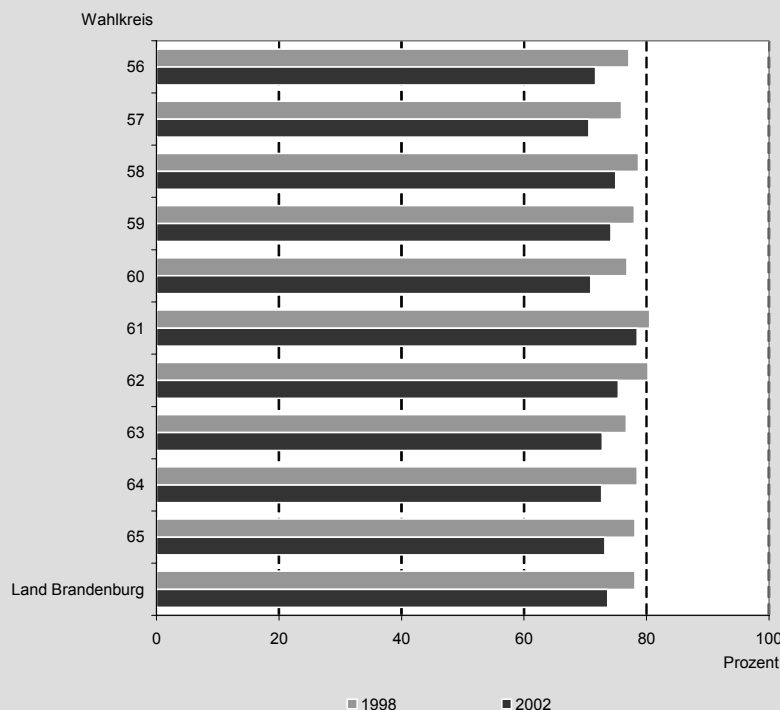
Der Trend, dass immer mehr Wahlberechtigte ihre Stimme in Form der **Briefwahl** abgeben, hat sich auch zur Bundestagswahl 2002 fortgesetzt. Waren es zur Bundestagswahl 1994 noch 5,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler, die Briefwahl ausübten, stieg der Anteil der Briefwähler zur Wahl 1998 auf 8,2 Prozent und betrug zur Bundestagswahl 2002 bereits 10,7 Prozent.

Gründe für das Ansteigen der Zahl der Briefwähler sind unter anderem in der steigenden Mobilität einerseits und andererseits auch im zunehmenden Alter der Wahlberechtigten zu sehen.

Betrachtet man die Wahlbeteiligung in den einzelnen **Wahlkreisen**, so ist festzustellen, dass die höchste Wahlbeteiligung mit 78,5 Prozent im Wahlkreis 61 und die geringste Wahlbeteiligung mit 70,6 Prozent im Wahlkreis 57 erzielt wurde.

Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2002 nach Wahlkreisen		
Rang	Bundestagswahlkreis	Wahlbeteiligung Prozent
1	61 Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II	78,5
2	62 Dahme-Spreewald - Teltow-Fläming III - Oberspreewald-Lausitz I	75,4
3	58 Oberhavel - Havelland II	75,0
4	59 Märkisch Oderland - Barnim II	74,2
5	65 Elbe-Elster - Oberspreewald-Lausitz II	73,2
6	63 Frankfurt (Oder) - Oder Spree	72,8
7	64 Cottbus - Spree-Neiße	72,7
8	56 Prignitz - Ostprignitz-Ruppin - Havelland I	71,7
9	60 Brandenburg a.d. Havel - Potsdam-Mittelmark I - Havelland III - Teltow-Fläming I	70,9
10	57 Uckermark - Barnim I	70,6

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002
nach Wahlkreisen



Die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen unterschied sich nur gering. Sie betrug 70,5 Prozent bei den Männern und 71,5 Prozent bei den Frauen. Die höchste Wahlbeteiligung erreichten die 50 bis 69-Jährigen Männer und Frauen mit 77,5 Prozent bzw. 78,1 Prozent. Die Altersgruppe der 21 bis 29-Jährigen zeigte mit einer Beteiligung von 56,6 Prozent bei den Männern und 58,1 Prozent bei den Frauen das geringste Interesse an der Wahl. Bemerkenswert ist, dass die 18 bis 20-Jährigen häufiger ihr Wahlrecht nutzten. Zwischen der Altersgruppe 30 Jahre bis 69 Jahre konnte bei den Männern eine stetig steigende Tendenz bei der Wahrnehmung des Wahlrechts verzeichnet werden. Bei den Frauen wurde diese Tendenz durch die 45 bis 49-Jährigen unterbrochen, aber durch die 50 bis 69-Jährigen wieder fortgesetzt.

Die Wahlbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den **kreisfreien Städten** des Landes Brandenburg fällt unterschiedlich aus. Die geringste Beteiligung wurde in Brandenburg an der Havel mit 66,0 Prozent und die höchste in der Landeshauptstadt Potsdam mit 77,3 Prozent erreicht. Die Wahlberechtigten der Stadt Potsdam waren am 22. September 2002 auch aufgerufen, ihren Oberbürgermeister zu wählen. In Cottbus lag die Wahlbeteiligung bei 71,3 Prozent und in Frankfurt (Oder) bei 70,6 Prozent.

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Wahlbeteiligung

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik waren von den Wahlberechtigten 48,8 Prozent Männer und 51,2 Prozent Frauen.

Von den Wahlberechtigten waren 33,6 Prozent jünger als 40 Jahre. Fast zwei Drittel (66,4 Prozent) waren 40 Jahre und älter.

Laut Repräsentativergebnis lag die Wahlbeteiligung in den Urnenwahlbezirken im Durchschnitt aller Altersgruppen bei 71,0 Prozent. Die Briefwähler wurden bei der Ermittlung der Wahlbeteiligung für das Repräsentativergebnis aus methodischen Gründen nicht berücksichtigt.

Erstmals seit 1990 wurde wieder eine repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl durchgeführt. Mit der repräsentativen Wahlstatistik wurden auf Stichprobenbasis Daten über die Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler für die einzelnen Parteien nach **Geschlecht und Altersgruppe** ermittelt, um so Aufschluss über das Wahlverhalten von Männern und Frauen nach altersspezifischen Kriterien zu erhalten. Dazu erhielten die Wählerinnen und Wähler in den Stichprobenwahlbezirken für ihre Stimmabgabe einen amtlichen Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck nach Geschlecht und Geburtsjahrgruppe. Weiterhin wurde anhand der Wählerverzeichnisse die Struktur der Wähler und Nichtwähler analysiert. Für das Land Brandenburg umfasste die Stichprobe 128 Urnen- und neun Briefwahlbezirke. In die Auswahl wurden dabei nur Urnen- und Briefwahlbezirke mit einer Mindestgröße von 400 Wahlberechtigten bzw. 400 Briefwählern einbezogen.

Vergleicht man für das Land Brandenburg das amtliche Wahlergebnis mit den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik, dann zeigen sich nur geringfügige Differenzen. Diese Abweichungen sind auf Zufallsfehler, die bei der Stichprobe auftreten können, zurückzuführen und lassen sich nicht völlig ausschließen. Erstmals wurden auch Briefwahlbezirke in die repräsentative Wahlstatistik einbezogen. Damit wurde ein noch höherer Repräsentationsgrad der Stichprobenergebnisse erreicht.

Altersstruktur der Wahlberechtigten zur Bundestagswahl

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männer	Frauen
	Prozent		
18 – 21	4,8	5,1	4,4
21 – 25	5,9	6,6	5,4
25 – 30	5,2	5,8	4,7
30 – 35	7,2	7,6	6,9
35 – 40	10,4	10,9	9,9
40 – 45	11,2	11,7	10,7
45 – 50	9,9	10,4	9,3
50 – 60	14,7	15,0	14,3
60 – 70	17,4	17,2	17,6
70 und älter	13,3	9,7	16,7
Insgesamt	100	100	100

Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männer	Frauen
	Prozent		
18 – 21	62,7	63,0	62,4
21 – 25	55,4	55,7	55,0
25 – 30	59,5	57,7	61,5
30 – 35	67,3	63,5	71,3
35 – 40	72,5	69,8	75,3
40 – 45	73,0	70,7	75,4
45 – 50	73,5	72,2	74,9
50 – 60	77,2	76,1	78,3
60 – 70	78,3	78,7	77,9
70 und älter	66,7	74,5	62,4
Insgesamt	71,0	70,5	71,5

Wahlergebnisse der Parteien

Insgesamt wurden von den 1 547 957 Brandenburger Wählerinnen und Wählern 1 523 358 gültige **Erststimmen** und 1 526 506 gültige **Zweitstimmen** abgegeben.

Mit der Erststimme haben 45,1 Prozent der Wählerinnen und Wähler sich für die Bewerber der SPD entschieden. Das bedeutet, dass die Wahlkreiskandidaten der SPD in allen zehn Bundestagswahlkreisen des Landes Brandenburg gewonnen und somit ein Direktmandat im 15. Deutschen Bundestag erhalten haben.

Gemessen an den Zweitstimmen bleibt die SPD die stärkste Kraft im Land Brandenburg. Sie erhielt 707 871 Zweitstimmen, das waren 46,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler.

Bundestagswahlergebnisse 2002 in Brandenburg

Merkmal	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Wahlberechtigte	2 101 025	x	x	x
Wähler/ Wahlbeteiligung	1 547 957	73,68	x	x
Ungültige Stimmen insgesamt	24 599	1,59	21 451	1,39
Gültige Stimmen insgesamt	1 523 358	98,41	1 526 506	98,61
davon				
SPD	687 483	45,13	707 871	46,37
CDU	353 169	23,18	339 868	22,26
PDS	313 883	20,60	263 228	17,24
GRÜNE/B90	52 563	3,45	68 765	4,50
FDP	89 475	5,87	88 685	5,81
NPD	10 772	0,71	23 271	1,52
GRAUE	4 546	0,30	8 711	0,57
Schill	6 236	0,41	26 107	1,71
FAMILIE	2 189	0,14	x	x
Einzelbewerber - Freier Wähler	2 039	0,13	x	x
Einzelbewerber - Kunz	432	0,03	x	x
Einzelbewerber - Wiesner	571	0,04	x	x

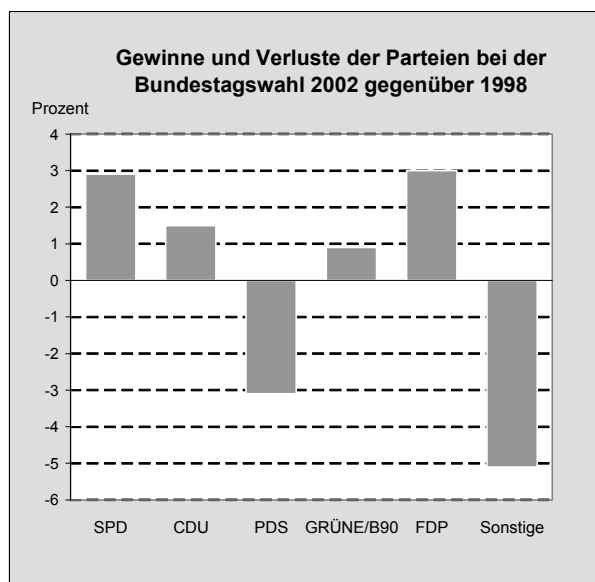
Vergleicht man die abgegebenen **Erststimmen** (Personenwahl) der Bundestagswahl 2002 mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 1998, so zeigt sich Folgendes:

- ☐ Den höchsten Stimmenzuwachs von 2,9 Prozent erhielten die Bewerber der FDP.
- ☐ Die Kandidaten der CDU konnten einen Stimmen-gewinn von 2,7 Prozent verzeichnen.
- ☐ Die Erststimmenanteile der Kandidaten von GRÜNE/B90 stiegen um 0,2 Prozentpunkte.
- ☐ Die Wahlkreisbewerber der SPD haben insgesamt 2,5 Prozent an Stimmen verloren.
- ☐ Die Erststimmenanteile der Kandidaten der PDS verringerten sich um 0,5 Prozentpunkte.

Zur Bundestagswahl 2002 erhielten die Kandidaten der SPD in allen zehn Wahlkreisen über 40 Prozent der Stimmen. Das beste Ergebnis mit 49,3 Prozent erreichte der Bewerber der SPD im Wahlkreis 57 (Uckermark - Barnim I).

Den Kandidaten der CDU gaben über 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme. Im Wahlkreis 65 (Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II) waren es sogar 27,9 Prozent.

Die PDS erreichte mit ihren Wahlkreisbewerbern sehr unterschiedliche Ergebnisse. Im Wahlkreis 61 (Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II) wählten 25,2 Prozent den Kandidaten der PDS und im Wahlkreis 56 (Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I) betrug der Anteil der PDS-Bewerber nur 16,6 Prozent.



Ein Vergleich der **Zweitstimmenergebnisse** (Verhältnisswahl) der Bundestagswahl 2002 mit der Wahl 1998 zeigt, dass

- ❑ die FDP den höchsten Stimmenzuwachs von 3,0 Prozent erzielte,
- ❑ die SPD ihr Zweitstimmenergebnis um 2,9 Prozentpunkte und die CDU um 1,5 Prozentpunkte verbessern konnte,

- ❑ GRÜNE/B90 einen Stimmengewinn von 0,9 Prozent erreichte und
- ❑ die PDS Stimmenverluste von 3,1 Prozent hinnehmen musste.

Für die PDS war es mit 17,2 Prozent das niedrigste Zweitstimmenergebnis im Land Brandenburg bei einer Bundestagswahl seit 1994. Auch im Vergleich zu anderen Wahlen seit 1993, wo sie bisher einen kontinuierlichen Zuwachs im Stimmenanteil verzeichnen konnte, hat die PDS an Stimmen verloren. Nur das Ergebnis der Bundestagswahl 1990 und der Landtagswahl 1990 fiel noch niedriger aus. Da lag der Zweitstimmenanteil der PDS bei 11,0 Prozent bzw. 13,4 Prozent.

In neun der zehn Bundestagswahlkreise hat die SPD gegenüber der Bundestagswahl 1998 an Stimmen gewonnen. Die CDU und die FDP konnten in allen Wahlkreisen ihr Ergebnis von 1998 verbessern. GRÜNE/B90 haben in acht Wahlkreisen ein höheres Ergebnis als 1998 erzielt. Die PDS musste in allen Wahlkreisen Stimmenverluste hinnehmen.

Ungültige Erststimmen wurden insgesamt von 1,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler abgegeben. 1,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler gaben eine **ungültige Zweitstimme** ab. Zur Bundestagswahl 1998 lag der Anteil der ungültigen Erst- und Zweitstimmen bei 3,0 Prozent bzw. 2,8 Prozent.

Stimmengewinne und Stimmenverluste (Zweitstimme) der Parteien in den Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 2002 im Vergleich zu 1998

Bundestagswahlkreis		Stimmengewinne (+) / Stimmenverluste (-)				
		SPD	CDU	PDS	GRÜNE/B90	FDP
56	Prignitz - Ostprignitz-Ruppin - Havelland I	+ 2,2	+ 0,9	- 1,6	+ 0,5	+ 2,7
57	Uckermark - Barnim I	+ 3,0	+ 1,0	- 2,7	+ 0,5	+ 2,7
58	Oberhavel - Havelland II	- 0,4	+ 3,8	- 4,1	+ 2,1	+ 3,3
59	Märkisch Oderland - Barnim II	+ 2,2	+ 0,7	- 2,4	+ 1,0	+ 3,3
60	Brandenburg a.d. Havel - Potsdam-Mittelmark I - Havelland III - Teltow-Fläming I	+ 1,6	+ 2,7	- 2,9	+ 0,6	+ 2,9
61	Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II	+ 1,7	+ 2,7	- 5,5	+ 1,9	+ 3,0
62	Dahme-Spreewald - Teltow-Fläming III - Oberspreewald-Lausitz I	+ 2,1	+ 1,9	- 2,2	+ 1,0	+ 3,0
63	Frankfurt (Oder) - Oder-Spree	+ 2,6	+ 0,9	- 1,9	+ 0,8	+ 3,1
64	Cottbus - Spree-Neiße	+ 7,5	+ 0,1	- 4,3	- 0,3	+ 2,4
65	Elbe-Elster - Oberspreewald-Lausitz II	+ 6,8	+ 0,2	- 2,7	- 0,3	+ 3,0

Stimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht der Wähler

Partei	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf nebenstehende Parteien					
	Erststimmen			Zweitstimmen		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Prozent					
SPD	45,2	42,9	47,4	46,3	43,0	49,4
CDU	23,2	25,0	21,5	22,3	23,8	20,8
PDS	20,1	20,3	19,9	17,0	17,4	16,6
GRÜNE/B90	3,5	3,0	4,0	4,7	4,4	4,9
FDP	6,1	6,4	5,8	6,0	6,3	5,6
NPD	0,7	1,1	0,4	1,5	2,2	0,8
GRAUE ¹⁾	x	x	x	0,6	0,4	0,7
Schill	0,4	0,6	0,3	1,8	2,4	1,2
Sonstige ²⁾	0,6	0,6	0,7	x	x	x

1) Der Anteil der Erststimmen ist in Sonstige enthalten.

2) In Sonstige wurden die Erststimmenanteile der Einzelbewerber sowie der Parteien GRAUE und FAMILIE zusammengefasst.

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zum Wahlverhalten

Die nachfolgenden Betrachtungen der Ergebnisse der Bundestagswahl 2002 beziehen sich auf die Werte, die aus der Stichprobe ermittelt wurden und beinhalten die Urnen- und Briefwahlstimmen.

Wahlentscheidung nach Geschlecht

Die Mehrzahl der Männer und Frauen gaben ihre Stimmen den Parteien SPD, CDU und PDS. Bei der Stimmabgabe für die SPD und CDU zeigen sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede.

Der Anteil der Frauen, die der SPD ihre Erst- und Zweitstimme gaben, betrug 47,4 bzw. 49,4 Prozent und war damit um 4,4 bzw. 6,4 Prozentpunkte höher als der der Männer.

Umgekehrt war die CDU bei den Männern um 3,5 bzw. 3,0 Prozentpunkte erfolgreicher als bei den Frauen.

Demgegenüber bestehen bei der PDS keine nennenswerten geschlechtsspezifischen Unterschiede. Hier variierte die Stimmabgabe zwischen Männer und Frauen nicht so stark, sie blieb unter einem Prozentpunkt. Analog verhielt es sich bei den Parteien GRÜNE/B90 und FDP.

Analysiert man die Wählerschaft der Parteien, das heißt die Wählerinnen und Wähler, die der jeweiligen Partei ihre Stimme (Zweitstimme) gegeben haben, so werden die Unterschiede im Wahlverhalten der Männer und Frauen sichtbar. Die Wählerschaft der SPD besteht zu 54,9 Prozent aus Frauen und 45,1 Prozent aus Männern. Bei der CDU verhält es sich umgekehrt. Die Anhängerschaft der CDU besteht zu 51,9 Prozent aus Männern und 48,1 Prozent aus Frauen.

Sehr stark sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der NPD ausgeprägt. Über zwei Drittel (72,4 Prozent) der Wähler sind Männer und nur 27,6 Prozent der NPD-Wähler sind Frauen.

Wahlentscheidung nach Alter

Die Wahlentscheidung nach dem Alter der Wählerinnen und Wähler (bezogen auf die Zweitstimme) verteilt sich sehr unterschiedlich.

- ❑ Die SPD erhielt die meisten Stimmenanteile in der Altersgruppe der 60 Jahre und älteren Wählerinnen und Wähler (51,3 Prozent) sowie von den 18 bis 24-Jährigen (46,4 Prozent).
- ❑ Die CDU hat ihre größte Wählerschaft in der Altersgruppe der 25 bis 44-Jährigen mit rund 23,7 Prozent und wurde am wenigstens gewählt von den 18 bis 24-Jährigen (18,1 Prozent).
- ❑ Die PDS hat die meisten Wählerinnen und Wähler bei den 45 bis 59-Jährigen (19,0 Prozent) und erzielte die niedrigsten Stimmenanteile bei den 18 bis 24-Jährigen (12,7 Prozent).
- ❑ Die Partei GRÜNE/B90 erreichte bei den 45 Jahre und älteren Wählerinnen und Wählern keine fünf Prozent. Ihr bestes Ergebnis erzielten sie in der Altersgruppe der 18 bis 24-Jährigen mit 6,6 Prozent.
- ❑ Die FDP blieb nur in der Altersgruppe 60 Jahre und älter unter fünf Prozent der gültigen Zweitstimmen. Einen hohen Stimmenanteil erhielt sie mit 9,9 Prozent von den 18 bis 24-Jährigen.
- ❑ Die Parteien NPD, GRAUE und Schill erreichten in keiner Altersgruppe fünf Prozent.

Stimmanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2002 nach Altersgruppen der Wähler

Alter von bis unter Jahren	Von 100 gültigen Stimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf ... (Prozent)							
	SPD	CDU	PDS	GRÜNE/B90	FDP	NPD	GRAUE	Schill
18 - 25	46,4	18,1	12,7	6,6	9,9	3,9	0,5	1,9
25 - 35	42,7	23,7	13,0	5,4	8,9	3,0	0,5	2,8
35 - 45	42,9	23,7	16,2	5,9	6,7	1,7	0,6	2,5
45 - 60	44,6	22,5	19,0	4,8	5,6	1,0	0,6	1,9
60 und älter	51,3	21,9	18,7	2,8	3,5	0,4	0,6	0,8
Insgesamt	46,3	22,3	17,0	4,7	6,0	1,5	0,6	1,8

Kombination der Erst- und Zweitstimmen

Wie bereits ausgeführt, werden die Abgeordneten des Deutschen Bundestages nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler kann mit der Erststimme einen Direktbewerber im Wahlkreis und mit der Zweitstimme eine bestimmte Partei (Landesliste) wählen.

Dabei besteht die Möglichkeit, die Erst- und Zweitstimme der gleichen Partei zuzuordnen oder auch unabhängig voneinander auf unterschiedliche Parteien zu verteilen.

Bei der Analyse des Stimmensplittings wird deutlich, dass Wähler, die bei der Bundestagswahl 2002 mit ihrer Erststimme den Direktkandidaten der SPD, CDU oder PDS wählten, sich zum größten Teil auch für diese Parteien mit ihrer Zweitstimme entschieden haben.

82,2 Prozent derjenigen, die mit der Erststimme einen Wahlkreisbewerber der SPD wählten, haben sich mit der Zweitstimme ebenfalls für die SPD entschieden. Bei der CDU lag dieser Anteil bei 82,6 Prozent und bei der PDS bei 66,0 Prozent.

Der Anteil der gleichen Kombinationen von Erst- und Zweitstimmen lag bei der Partei GRÜNE/B90 bei 42,4 Prozent und bei der FDP bei 52,96 Prozent.

Auffallend ist, dass 42,0 Prozent der Wählerinnen und Wähler, die mit der Erststimme einen Kandidaten von GRÜNE/B90 unterstützten, mit der Zweitstimme die SPD wählten. Umgekehrt jedoch waren es nur 5,7 Prozent der SPD-Wähler, die ihre Zweitstimme der Partei GRÜNE/B90 gaben.

25,3 Prozent der Wähler, die der PDS ihre Erststimmen gaben, wählten mit der Zweitstimme die SPD. Von den Wählern, die einen FDP-Kandidaten unterstützen, wählten 15,7 Prozent mit der Zweitstimme die SPD und 18,9 Prozent die CDU.

Weiterhin zeigt sich, dass

- ☐ 17,5 Prozent der Schill-Wähler ihre Zweitstimme der CDU gaben,
- ☐ 17,0 Prozent der Wähler, die ihre Erststimme der NPD gaben, mit der Zweitstimme die Partei Schill wählten,
- ☐ 18,1 Prozent der Wähler, deren Erststimme ungültig war, ihre Zweitstimme der SPD zuschrieben.

Bei den ungültigen Stimmen ergibt die Betrachtung nach Erst- und Zweitstimmen folgende Ergebnis:

- ☐ 55,7 Prozent der Wähler, die eine ungültige Erststimme abgaben, wählten auch mit der Zweitstimme ungültig.
- ☐ 63,9 Prozent der Wähler, die eine ungültige Zweitstimme abgaben, wählten ebenfalls mit der Erststimme ungültig.

Gewählte Abgeordnete des Landes Brandenburg

Insgesamt sind **16** Abgeordnete des Landes Brandenburg im 15. Deutschen Bundestag vertreten. Davon wurden zehn Abgeordnete direkt in den Wahlkreisen und sechs über die Landeslisten gewählt.

Gewählt in den Wahlkreisen		
Wahlkreis	Name, Vorname	Partei
56	Bahr, Ernst	SPD
57	Meckel, Johannes-Markus	SPD
58	Krüger-Leißner, Angelika	SPD
59	Bierwirth, Petra	SPD
60	Spielmann, Dr. Margrit	SPD
61	Wicklein, Andrea	SPD
62	Danckert, Dr. Peter Wilhelm	SPD
63	Vogelsänger, Jörg	SPD
64	Schreck, Wilfried	SPD
65	Hilsberg, Stephan Martin	SPD

Gewählt nach Landeslisten	
Name, Vorname	Partei
Stübgen, Michael	CDU
Reiche, Katherina Birgitt	CDU
Voßhoff, Andrea Astrid	CDU
Eppelmann, Rainer	CDU
Behm, Cornelia	GRÜNE/B90
Türk, Jürgen	FDP

Von den Parteien bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2002 erzielte Sitze im Deutschen Bundestag						
Bundestagswahl	Insgesamt	Partei				
		SPD	CDU	PDS	GRÜNE/B90	FDP
		erzielte Sitze im Wahlkreis				
1990	12	5	7	–	–	–
1994	12	12	–	–	–	–
1998	12	12	–	–	–	–
2002	10	10	–	–	–	–
		erzielte Sitze über die Landesliste				
1990	10	2	1	3	2	2
1994	11	–	6	4	–	1
1998	11	–	5	4	1	1
2002	6	–	4	–	1	1
		erzielte Sitze insgesamt				
1990	22	7	8	3	2	2
1994	23	12	6	4	–	1
1998	23	12	5	4	1	1
2002	16	10	4	–	1	1

Die Ergebnisse der Bundestagswahl am 22. September 2002 für das Land Brandenburg liegen als umfangreiches Tabellen- und Einzelmateriale im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg vor und sind über das Dezernat Informationsmanagement zu beziehen.

Wahlkreisergebnisse finden Sie auch im Internet unter der Adresse: www.wahlen.brandenburg.de.

Angelika Behrend

Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg

Die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche gilt bundesweit unter anderem als ein Indikator für die fortschreitende Flächeninanspruchnahme zu baulichen Zwecken. Sie wird bundeseinheitlich im Rahmen der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung auf der Basis von Katasterangaben ermittelt. Nach 1993 und 1997 wurde die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg und den anderen neuen Bundesländern 2001 zum dritten Mal erhoben.

Im folgenden Beitrag werden die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg, ein Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern, die Entwicklung der einzelnen Nutzungsarten innerhalb der Siedlungs- und Verkehrsfläche, die Quelle des Zuwachses der Siedlungs- und Verkehrsfläche und die regionale Entwicklung in Brandenburg dargestellt.

Vorbemerkungen

Neben den natürlichen Lebensgrundlagen Luft und Wasser ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten auch der Boden als nicht vermehrbare und nicht ersetzbare unabdingbare Voraussetzung des menschlichen Lebens immer mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit und der Politik geraten. Seinen Niederschlag fand dies in der Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502).

Im April 2002 veröffentlichte die Bundesregierung ihre Zielvorstellungen¹⁾, wie durch nachhaltige Entwicklung der Zuwachs der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsfläche in den nächsten Jahren reduziert werden soll.

Unter „nachhaltiger Entwicklung“ wird eine Entwicklung verstanden, die sowohl die Bedürfnisse der heutigen Generation erfüllt als auch zukünftigen Generationen die Voraussetzungen erhält, ihr Leben gestalten zu können. Als Grundsatz der Nachhaltigkeit gilt: „Jede Generation muss ihre Aufgaben lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden“¹⁾.

Neben Problemen wie der Ernährung der Weltbevölkerung, dem Zugang zu Trinkwasser und den Energiequellen

der Zukunft gehört hierzu auch der Erhalt der Lebensgrundlage Boden. „Es gibt kaum ein Handlungsfeld, in dem das komplexe Gefüge von ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen so sichtbar wird, wie im Bereich des Umgangs mit der begrenzten Ressource Boden und der Siedlungsentwicklung“²⁾.

Anhand der Ergebnisse der Flächenerhebungen, die in den alten Bundesländern seit 1979 durchgeführt werden, ist ersichtlich, dass die Flächeninanspruchnahme für die Siedlungs- und Verkehrsfläche in den alten Bundesländern von 114 Hektar pro Tag in den 70er Jahren auf 71 Hektar pro Tag Anfang der 90er Jahre sank. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten erreichte der Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche zwischen 1993 und 1997 bundesweit 120 Hektar pro Tag und im Zeitraum 1997 bis 2001 sogar 129 Hektar pro Tag.

Das entsprach einem Flächenverbrauch von rund 168 Bundesliga-Fußballfeldern täglich.

Die Bundesregierung will diesen Trend stoppen und orientiert auf einen „Wert von 30 Hektar pro Tag im Jahr 2020“³⁾. Um dieses Ziel zu erreichen und den Prozess deutlich zu machen, enthält die letzte Novelle des Agrarstatistikgesetzes den Auftrag an die amtliche Statistik, zwischen den vierjährigen Flächenerhebungen nunmehr jährlich die Siedlungs- und Verkehrsfläche zu erheben.

1) Strategiepapier der Bundesregierung: „Perspektiven für Deutschland – unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“, April 2002, S. 5

2) ebd. S. 287

3) ebd. S. 288

Rechtsgrundlagen der Flächenerhebung

1993 und 1997

Gesetz über Agrarstatistiken in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1992 (BGBl. I S. 1632)

2001

Gesetz über Agrarstatistiken in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1635)

2002

Gesetz über Agrarstatistiken in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3118)

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wurde bis 31.12.2000 im Rahmen der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung ermittelt.

Inhaltlich kommt bei dieser Flächenerhebung das im Kataster- und Vermessungswesen zugrunde liegende Nutzungsartenverzeichnis der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV-Nutzungsartenverzeichnis) zur Anwendung. Darin ist die Siedlungs- und Verkehrsfläche keine eigene Nutzungsart, sondern vielmehr die Summe verschiedener Nutzungsartengruppen und Nutzungsarten, die hier vereinfacht unter dem Begriff Nutzungsart geführt werden.

Zur Siedlungs- und Verkehrsfläche gehören die Nutzungsarten:

□ Gebäude- und Freifläche:

Flächen mit Gebäuden und baulichen Anlagen sowie unbebaute Flächen (Freiflächen), die Zwecken der Gebäude untergeordnet sind; hierzu zählen Vorgärten, Hausgärten, Spielplätze und Stellplätze. Unbebaute Flächen gelten gewöhnlich als der Bebauung untergeordnet, wenn sie das 10fache der bebauten Fläche nicht überschreiten.

□ Betriebsfläche:

unbebaute Flächen, die vorherrschend gewerblich, industriell oder für Zwecke der Ver- und Entsorgung genutzt werden.

□ Erholungsfläche:

unbebaute Flächen, die vorherrschend dem Sport, der Erholung oder dazu dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen; hierzu gehören auch untergeordnete bauliche Anlagen wie z. B. Kioske, Umkleieräume und Gartenlauben.

□ Verkehrsfläche:

Flächen, die dem Straßen-, Schienen-, Luft- oder Schiffsverkehr dienen; bei den Flächen für den Schiffsverkehr sind die benötigten Flächen an Land gemeint, wie z. B. Häfen, Fähranlegestellen etc., nicht jedoch die Wasserfläche.

□ Friedhof:

Flächen, die zur Bestattung dienen oder gedient haben, sofern nicht vom Charakter der Anlagen her die Zuordnung zur Nutzungsart Grünanlage zutreffend ist.

Es handelt sich bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche insgesamt also um versiegelte und um nichtversiegelte, jedoch anthropogen überformte Flächen.

Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg seit 1993

Die erste Flächenerhebung nach der Art der tatsächlichen Nutzung wurde in Brandenburg zum Stichtag 31.12.1992 durchgeführt. Datenquelle dieser Erhebung war die aus der DDR übernommene Computergestützte Liegenschaftsdokumentation (COLIDO) mit ihrer dem damaligen Liegenschaftskataster zugrunde liegenden Nomenklatur. Der vorliegende COLIDO-Datenbestand wurde unter Nutzung eines Umsteigeschlüssels auf die im AdV-Nutzungsartenverzeichnis enthaltenen Nutzungsarten umgerechnet. Diese Umrechnung führte auf der Ebene der Nutzungsartengruppen mit Ausnahme der Betriebsfläche, die ausschließlich aus dem Abbauand hergeleitet wurde, zu exakten Ergebnissen.

Ungenauigkeiten und Unschärfen traten dagegen in der Abgrenzung der Darunterpositionen auf. Da die Betriebsfläche in der Flächenerhebung 1993 (Stichtag 31.12.1992) ausschließlich aus dem Abbauand hergeleitet wurde und die Siedlungs- und Verkehrsfläche sich unter anderem aus der Position „Betriebsfläche ohne Abbauand“ zusammensetzt, war der in die Siedlungs- und Verkehrsfläche 1993 eingeflossene Wert für die Betriebsfläche ohne Abbauand gleich Null. Erst mit den Flächenerhebungen 1997 (Stichtag 31.12.1996) und 2001 (Stichtag 31.12.2000) wurde eine Differenzierung zwischen Betriebsfläche insgesamt und der Darunterposition Abbauand möglich.

Der Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Vergleich der Ergebnisse 1993, 1997 und 2001 war also nur zu einem Teil ein tatsächlicher Zuwachs, zu einem anderen Teil resultiert er unter anderem aus der beschriebenen Methodik.

Siedlungs- und Verkehrsfläche 1993, 1997 und 2001 in Brandenburg

1993	1997	2001
Hektar		
217 846	227 992	241 634
Anteil an der Gesamtfläche (in Prozent)		
7,4	7,7	8,2

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche nahm zwischen 1993 und 1997 um ca. 10 000 Hektar (+ 4,7 Prozent) und zwi-

schen 1997 und 2001 um ca. 14 000 Hektar (+ 6,0 Prozent) zu. Der Anteil an der Landesfläche stieg von 7,4 Prozent in der Erhebung 1993 über 7,7 Prozent im Jahr 1997 auf 8,2 Prozent in der Erhebung 2001.

Aus den absoluten Werten lässt sich die durchschnittliche tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche für die einzelnen Zeiträume berechnen. Mit dieser Kennzahl wird die Entwicklung für den Umweltbereich Boden abgebildet.

Die tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg lag zwischen 1993 und 1997 im Mittel bei 6,9 Hektar und für den Zeitraum 1997 bis 2001 bei 9,3 Hektar. 1993 bis 2001 nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche im Mittel um 8,1 Hektar pro Tag zu.

Vergleich mit den neuen Bundesländern

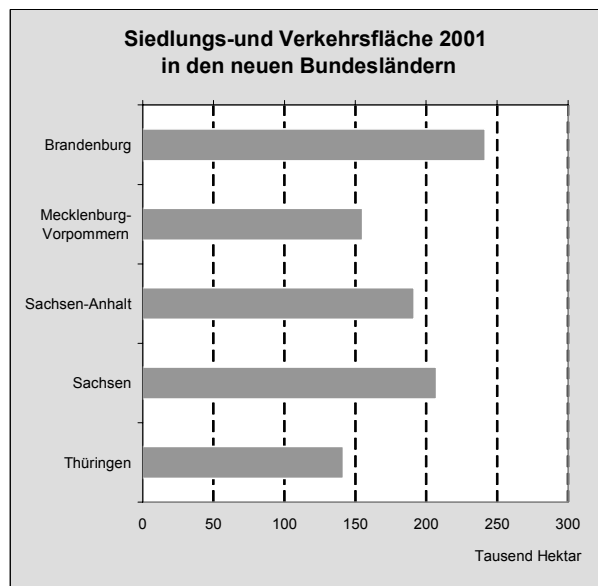
Die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche, ihre Veränderung sowie die mittlere tägliche Zunahme stellt sich in den neuen Bundesländern von 1993 bis 2001 unterschiedlich dar.

Siedlungs- und Verkehrsfläche in den neuen Bundesländern			
Bundesland ¹⁾	1993	1997	2001
	Hektar		
Brandenburg	217 846	227 992	241 634
Mecklenburg-Vorpommern	136 347	144 057	155 097
Sachsen	182 446	195 255	207 288
Sachsen-Anhalt	163 620	177 028	191 421
Thüringen	127 558	136 512	141 776
	Anteil an der Gesamtfläche (in Prozent)		
Brandenburg	7,4	7,7	8,2
Mecklenburg-Vorpommern	5,8	6,2	6,7
Sachsen	9,9	10,6	11,3
Sachsen-Anhalt	8,0	8,7	9,4
Thüringen	7,9	8,4	8,8

1) Das Land Berlin blieb hier unberücksichtigt, da es als Stadtstaat eine andere Struktur der Nutzungsarten aufweist und daher für Vergleiche weniger geeignet ist.

Im Vergleich der Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche der neuen Bundesländer zeigt sich, dass das Land Brandenburg sowohl 1993 als auch 1997 und 2001 absolut über die größte Siedlungs- und Verkehrsfläche verfügte. In allen Jahren folgten in der gleichen Reihenfolge

ge die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.



Im Verhältnis zur Gesamtfläche der jeweiligen Länder ergab sich jedoch eine andere Reihenfolge. So hatte das Land Brandenburg auf Grund seiner Flächengröße jeweils nur den viertgrößten Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche. In den angegebenen Jahren lag der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen über dem Wert Brandenburgs. In Mecklenburg-Vorpommern dagegen war die anteilige Siedlungs- und Verkehrsfläche jeweils geringer als in Brandenburg.

Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den neuen Bundesländern			
Bundesland	1993 bis 1997	1997 bis 2001	1993 bis 2001
	Hektar		
Brandenburg	+ 10 146	+ 13 642	+ 23 788
Mecklenburg-Vorpommern	+ 7 710	+ 11 040	+ 18 750
Sachsen	+ 12 809	+ 12 033	+ 24 842
Sachsen-Anhalt	+ 13 408	+ 14 393	+ 27 801
Thüringen	+ 8 954	+ 5 264	+ 14 218
	Prozent		
Brandenburg	+ 4,7	+ 6,0	+ 10,9
Mecklenburg-Vorpommern	+ 5,7	+ 7,7	+ 13,8
Sachsen	+ 7,0	+ 6,2	+ 13,6
Sachsen-Anhalt	+ 8,2	+ 8,1	+ 17,0
Thüringen	+ 7,0	+ 3,9	+ 11,1

Aus der Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den neuen Bundesländern ist ersichtlich, dass Brandenburg zusammen mit Sachsen-Anhalt und Sachsen absolut die größten Zuwächse zwischen 1993 und 2001 aufwies.

Bei den relativen Zuwächsen zeigte sich dagegen ein anderes Bild. Hier war der Zuwachs, betrachtet über den Gesamtzeitraum 1993 bis 2001, in Sachsen-Anhalt mit 17,0 Prozent am größten. Es folgten die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit rund 14 Prozent sowie Thüringen und Brandenburg mit rund 11 Prozent.



Mittlerer täglicher Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche zwischen 1993 und 2001 in den neuen Bundesländern

Bundesland	1993 bis 1997	1997 bis 2001	1993 bis 2001
	Hektar pro Tag		
Brandenburg	6,9	9,3	8,1
Mecklenburg-Vorpommern	5,3	7,6	6,4
Sachsen	8,8	8,2	8,5
Sachsen-Anhalt	9,2	9,9	9,5
Thüringen	6,1	3,6	4,9

Der mittlere tägliche Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche war, bezogen auf den Gesamtzeitraum 1993 bis 2001, mit 9,5 Hektar pro Tag im Land Sachsen-Anhalt am größten. Brandenburg lag bei diesem Vergleich auf Rang 3. Am geringsten fiel dieser Zuwachs für Thüringen aus.

Gebäude- und Freifläche ist größte Nutzungsart der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg

Die beiden flächengrößten Nutzungsarten innerhalb der Siedlungs- und Verkehrsfläche Brandenburgs waren die Gebäude- und Freifläche und die Verkehrsfläche. Sie umfassten gerundet 110 000 Hektar bzw. 97 000 Hektar im Jahr 1993 und 125 000 Hektar bzw. 101 000 Hektar in der Flächenerhebung 2001.

Nutzungsarten der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg			
Nutzung der Fläche als	1993	1997	2001
Hektar			
Siedlungs- und Verkehrsfläche	217 846	227 992	241 634
davon			
Gebäude- und Freifläche	110 395	116 882	125 336
Betriebsfläche ohne Abbauand ¹⁾	.	2 112	3 545
Erholungsfläche	7 825	7 725	9 379
Verkehrsfläche	97 222	98 875	101 023
Friedhofsfläche	2 403	2 398	2 350
Prozent			
Siedlungs- und Verkehrsfläche	100	100	100
davon			
Gebäude- und Freifläche	50,7	51,3	51,9
Betriebsfläche ohne Abbauand ¹⁾	.	0,9	1,5
Erholungsfläche	3,6	3,4	3,9
Verkehrsfläche	44,6	43,4	41,8
Friedhofsfläche	1,1	1,1	1,0

1) 1993 ist der Wert der Betriebsfläche methodisch bedingt gleich dem Wert des Abbauandes

Die Betriebsfläche ohne Abbauand konnte 1993 nicht nachgewiesen werden und umfasste 3 500 Hektar im Jahr 2001.

Die Friedhofsfläche war über die Jahre mit rund 2 400 Hektar nahezu konstant.

Auch anteilig war die Gebäude- und Freifläche am größten. Mehr als die Hälfte der Siedlungs- und Verkehrsfläche entfiel in allen drei Erhebungen auf diese Nutzungsart; ihr Anteil scheint noch weiter zuzunehmen.

Die Verkehrsfläche hatte im Betrachtungszeitraum einen Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche von jeweils über 40 Prozent. Der Anteil der Nutzungsarten Gebäude- und Freifläche und Verkehrsfläche an der Siedlungs- und Verkehrsfläche betrug damit 95,3 Prozent im Jahr 1993, 94,7 Prozent im Jahr 1997 und noch 93,7 Prozent im Jahr

2001. Trotz der leichten relativen Flächenrückgänge gab es damit eine deutliche Konzentration der Flächennutzungen innerhalb der Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Veränderung in den Nutzungsarten der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg				
Nutzungsart	1993 bis 1997	1997 bis 2001	1993 bis 2001	
	Hektar			
Gebäude- und Freifläche	+ 6 487	+ 8 454	+ 14 941	
Betriebsfläche ohne Abbau-land	.	.	.	
Erholungsfläche	- 100	+ 1 654	+ 1 554	
Verkehrsfläche	+ 1 653	+ 2 148	+ 3 801	
Friedhofsfläche	- 5	- 48	- 53	
	Prozent			
Gebäude- und Freifläche	+ 5,9	+ 7,2	+ 13,5	
Betriebsfläche ohne Abbau-land	.	.	.	
Erholungsfläche	- 1,3	+ 21,4	+ 19,9	
Verkehrsfläche	+ 1,7	+ 2,2	+ 3,9	
Friedhofsfläche	- 0,2	- 2,0	- 2,2	

In der Nutzungsart Gebäude- und Freifläche war von 1993 bis 2001 ein Zuwachs von 15 000 Hektar zu verzeichnen. Das waren ca. zwei Drittel des Zugewinns der Siedlungs- und Verkehrsfläche insgesamt in diesem Zeitraum. Mit einem Zuwachs von 5,9 Prozent im Zeitraum 1993 bis 1997 und 7,2 Prozent in Zeitraum 1997 bis 2001 nahm die Nutzungsart Gebäude- und Freifläche jeweils stärker zu als die Siedlungs- und Verkehrsfläche insgesamt.

Prozentual gesehen lag der Zuwachs der Erholungsfläche von 1993 bis 2001 mit 19,9 Prozent jedoch am höchsten, obgleich die Zunahme der absoluten Fläche deutlich unter der der Gebäude- und Freifläche lag.

Der Anteil der Friedhofsfläche an der Siedlungs- und Verkehrsfläche blieb im genannten Zeitraum nahezu konstant.

Quellen der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Der Zugewinn bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche muss zwangsläufig mit einem Rückgang bei einer oder mehreren anderen Nutzungsarten einhergehen. Um die Quellen des Zuwachses der Siedlungs- und Verkehrsfläche aufzuzeigen, sind nachfolgend alle übergeordneten Nutzungsarten des AdV-Nutzungsartenverzeichnisses mit den jeweiligen Flächenwerten und ihren Veränderungen für die Jahre 1993, 1997 und 2001 dargestellt.

Nutzung der Bodenflächen in Brandenburg			
Nutzung der Bodenfläche	1993	1997	2001
	Hektar		
Gebäude- und Freifläche	110 395	116 882	125 336
Betriebsfläche	35 844	37 795	38 647
Erholungsfläche	7 825	7 225	9 379
Verkehrsfläche	97 222	98 875	101 023
Landwirtschaftsfläche	1 480 991	1 472 707	1 470 458
Waldfläche	1 023 753	1 028 875	1 029 914
Wasserfläche	99 952	100 140	100 405
Flächen anderer Nutzung	91 664	84 585	72 548
Insgesamt	2 947 645	2 947 584	2 947 711
nachr.: Siedlungs- und Verkehrsfläche	217 846	227 992	241 634

Veränderung der Nutzung der Bodenflächen in Brandenburg			
Nutzung der Bodenfläche	1993 bis 1997	1997 bis 2001	1993 bis 2001
	Hektar		
Gebäude- und Freifläche	+ 6 487	+ 8 454	+ 14 941
Betriebsfläche	+ 1 951	+ 852	+ 2 803
Erholungsfläche	- 100	+ 1 654	+ 1 554
Verkehrsfläche	+ 1 653	+ 2 148	+ 3 801
Landwirtschaftsfläche	- 8 284	- 2 249	- 10 533
Waldfläche	+ 5 122	+ 1 039	+ 6 161
Wasserfläche	+ 188	+ 265	+ 453
Flächen anderer Nutzung	- 7 079	- 12 037	- 19 116
Insgesamt	- 61	+ 127	+ 66
nachr.: Siedlungs- und Verkehrsfläche	+ 10 146	+ 13 642	+ 23 788

Als Nutzungsart mit dem größten absoluten Zuwachs ist im Vergleich der Erhebungen die Siedlungs- und Verkehrsfläche zu nennen. Von 1993 bis 2001 nahm sie um rund 24 000 Hektar zu, die Waldfläche dagegen um 6 000 Hektar.

Im gleichen Zeitraum nahmen die Flächen anderer Nutzung um 19 000 Hektar und die Landwirtschaftsfläche um 11 000 Hektar ab. Die Wasserfläche veränderte sich nur minimal.

Aus den Werten ist ersichtlich, dass es sich beim Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche nicht ausschließlich um den Verbrauch von Landwirtschaftsflächen, eine sogenannte „Bebauung auf der grünen Wiese“, handeln kann. Mindestens 13 000 Hektar und damit mehr als 50 Prozent der hinzugekommenen Siedlungs- und Verkehrsfläche stammen per Saldo aus der Nutzungsart Flächen anderer Nutzung. Hierbei handelt es sich überwiegend um ehemals militärische genutzte Flächen, die eine Nutzungsänderung erfuhren und jetzt häufig gewerblich genutzt werden.

Regionale Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg

Die Landkreise Potsdam-Mittelmark (1993: 19 093 Hektar, 1997: 20 421 Hektar und 2001: 21 695 Hektar) und Dahme-Spreewald (18 657 Hektar, 17 454 Hektar und 18 023 Hektar) verfügten in allen drei Erhebungen über eine große absolute Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die Landkreise Prignitz (12 017 Hektar, 12 749 Hektar und 13 057 Hektar) und Barnim (12 395 Hektar, 13 018 Hektar und 13 907 Hektar) wiesen dagegen die geringsten absoluten Werte auf.

Bei den kreisfreien Städten wiesen die Landeshauptstadt Potsdam sowie Cottbus und Brandenburg an der Havel in

den drei Erhebungen absolut etwa vergleichbare Werte bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf. Lediglich für Frankfurt (Oder) war hier eine geringere Siedlungs- und Verkehrsfläche zu verzeichnen.

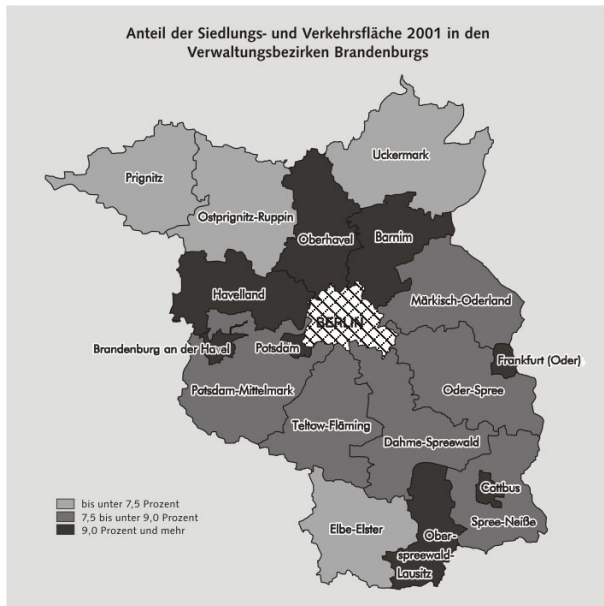
Bei der Auswertung des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Gesamtfläche des Kreises zeigte sich jedoch ein anderes Bild. Der Landkreis Oberspreewald-Lausitz lag bei den Landkreisen in allen Erhebungen deutlich über dem Wert des Landes Brandenburg. Die Landkreise Oberhavel, Barnim, Havelland und Märkisch-Oderland lagen ebenfalls über den Landeswerten. Die Landkreise Uckermark, Ostprignitz-Ruppin und Prignitz wiesen in allen drei Erhebungen Werte deutlich unter dem Landesmittel auf.

Bei den kreisfreien Städten hatte die Landeshauptstadt Potsdam mit Abstand den größten Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die geringsten Anteile wiesen Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder) auf.

Die besondere Lage des Landes Brandenburg und hier vor allem die Lage Berlins in der Mitte des Landes ließen vermuten, dass sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in den an Berlin angrenzenden Landkreisen anders entwickelte als in den peripheren Kreisen Brandenburgs.

Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg nach regionaler Gliederung

Verwaltungsbezirk	1993		1997		2001		1993 bis 2001
	Hektar	Anteil in %	Hektar	Anteil in %	Hektar	Anteil in %	Veränderung in %
Brandenburg an der Havel	3 165	15,9	3 638	17,5	3 872	18,6	+ 22,3
Cottbus	3 375	22,5	3 523	23,4	3 934	26,2	+ 16,6
Frankfurt (Oder)	2 425	16,4	2 568	17,4	2 974	20,1	+ 22,6
Potsdam	3 480	31,8	3 813	34,9	4 033	36,9	+ 15,9
Barnim	12 395	8,3	13 018	8,7	13 907	9,3	+ 12,2
Dahme-Spreewald	18 657	8,3	17 454	7,7	18 023	8,0	- 3,4
Elbe-Elster	13 045	6,9	13 181	7,0	13 381	7,1	+ 2,6
Havelland	13 647	8,0	14 448	8,5	15 653	9,2	+ 14,7
Märkisch-Oderland	16 999	8,0	17 632	8,3	18 748	8,8	+ 10,3
Oberhavel	15 831	8,8	16 609	9,3	17 084	9,5	+ 7,9
Oberspreewald-Lausitz	11 347	9,3	11 879	9,8	12 255	10,1	+ 8,0
Oder-Spree	16 367	7,3	16 947	7,6	17 923	8,0	+ 9,5
Ostprignitz-Ruppin	13 365	5,3	14 074	5,6	15 653	6,2	+ 17,1
Potsdam-Mittelmark	19 093	7,1	20 421	7,6	21 695	8,1	+ 13,6
Prignitz	12 017	5,7	12 749	6,0	13 057	6,2	+ 8,7
Spree-Neiße	12 604	7,5	13 280	8,0	14 631	8,8	+ 17,9
Teltow-Fläming	13 936	6,7	15 949	7,6	17 075	8,2	+ 22,5
Uckermark	16 296	5,3	16 809	5,5	17 737	5,8	+ 8,8
Land Brandenburg	217 846	7,4	227 992	7,7	241 634	8,2	+ 10,9



Um die Dynamik der Siedlungs- und Verkehrsfläche zu verdeutlichen, ist in der vorstehenden Tabelle u. a. der relative Zuwachs für den Gesamtzeitraum 1993 bis 2001 dargestellt.

In den Landkreisen Barnim, Havelland, Ostprignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Spree-Neiße und Teltow-Fläming lag der relative Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche in allen betrachteten Zeiträumen über dem anteiligen Zuwachs des Landeswertes. Der Landkreis Märkisch-Oderland wies, über den Gesamtzeitraum betrachtet, etwa eine relative Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf, die dem Landeswert entsprach. In den Landkreisen Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oder-Spree, Prignitz und Uckermark blieb die prozentuale Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in allen Zeiträumen hinter dem Landesmittel zurück.

In den kreisfreien Städten lagen, mit zwei Ausnahmen, in allen betrachteten Zeiträumen die relativen Zuwächse über dem Landeswert.

Unter Berücksichtigung von Bereinigungen in den Kataster- und Vermessungsverwaltungen der Landkreise Dahme-Spreewald und Ostprignitz-Ruppin lässt sich für die an Berlin angrenzenden Landkreise und die kreisfreien Städte eine Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche feststellen, die über der der peripheren Landkreise des Landes lag. Ausnahmen bilden hier der Landkreis Oberhavel, der im betrachteten Zeitraum einen Zuwachs von 7,9 Prozent und damit weniger als die Landkreise Prignitz und Uckermark aufwies, sowie der Landkreis Spree-Neiße, dessen Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 17,9 Prozent unter anderem aus seiner Stadtumlandfunktion für die Stadt Cottbus resultierte.

Birger Schmidt

Leistungen der sozialen Pflegeversicherung 2001

Durch die Pflegestatistik werden Informationen über die im Rahmen der Pflegeversicherung erbrachten Leistungen gewonnen.

Im Jahr 2001 erhielten im Land Brandenburg rund 67 200 Personen Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz, mehr als zwei Drittel waren Frauen. Der überwiegende Teil (47,6 Prozent) aller Pflegebedürftigen war der Pflegestufe I zugeordnet. Zur Betreuung pflegebedürftiger Mitbürger standen 516 Pflegedienste und 267 Pflegeheime zur Verfügung. In diesen Pflegeeinrichtungen waren ca. 16 200 Personen beschäftigt.

Vorbemerkungen

Die Statistik der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen (Pflegedienste und Pflegeheime, Stichtag: 15.12.) sowie der Empfänger/innen von Pflegegeld (Stichtag: 31.12.) wird entsprechend der Verordnung zur Durchführung einer Bundesstatistik über Pflegeeinrichtungen sowie über die häusliche Pflege in Verbindung mit § 109 Abs. 1 Sozialgesetzbuch Elftes Buch (XI) und in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz durchgeführt.

Für die gesamte Pflegestatistik ist ausschließlich der Leistungsbereich des SGB XI relevant, d. h. nur die Pflegebedürftigen, die Leistungen auf dieser Grundlage erhalten und nur das Personal, welches diese Leistungen erbringt werden erfasst.

Pflegebedürftige im Sinne des Gesetzes sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung voraussichtlich für mindestens sechs Monate der Hilfe bedürfen. Die Feststellung der Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung zu einer der drei Pflegestufen

- ☐ Pflegestufe I erheblich Pflegebedürftige
- ☐ Pflegestufe II Schwerpflegebedürftige
- ☐ Pflegestufe III Schwerstpflegebedürftige (einschließlich Härtefälle)

obliegt dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung in Zusammenarbeit mit den Pflegekassen.

Pflegebedürftige, die in dem Haushalt, in den sie aufgenommen sind, gepflegt werden, erhalten Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung als Sachleistung (häusliche Pflegehilfe). Häusliche Pflegehilfe wird durch geeignete Pflegekräfte erbracht, die entweder von der Pflegekasse oder bei ambulanten Pflegeeinrichtungen, mit denen die

Pflegekasse einen Versorgungsvertrag abgeschlossen hat, angestellt sind.

Pflegebedürftige können anstelle der häuslichen Pflegehilfe ein Pflegegeld beantragen. Der Anspruch setzt voraus, dass der Pflegebedürftige mit dem Pflegegeld die erforderliche Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung durch eine Pflegeperson in geeigneter Weise selbst sicherstellt.

Nimmt der Pflegebedürftige die ihm zustehende Sachleistung (häusliche Pflegehilfe) nur teilweise in Anspruch, erhält er daneben ein anteiliges Pflegegeld (Kombinationsleistung).

Die stationäre Pflege wird entsprechend des Gesetzes in vollstationäre Dauer- bzw. Kurzzeitpflege und in teilstationäre Pflege in Form von Tages- und/oder Nachtpflege unterschieden.

Pflegebedürftige haben Anspruch auf vollstationäre Dauerpflege, wenn häusliche oder teilstationäre Pflege nicht möglich sind oder wegen der Besonderheit des Einzelfalles nicht in Betracht kommen.

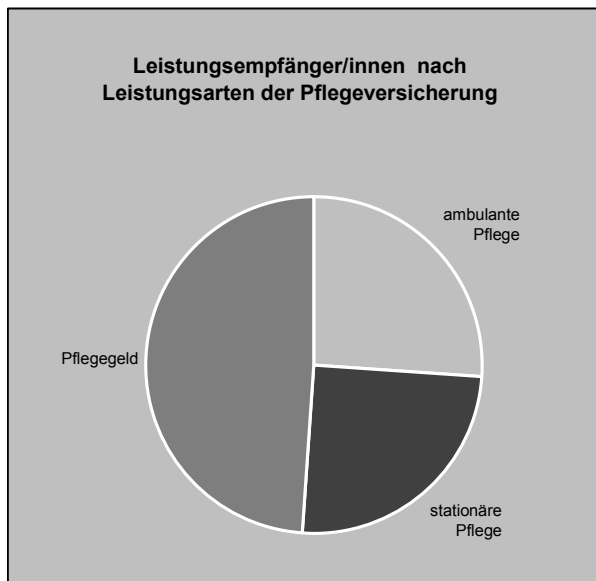
Kann die häusliche Pflege zeitweise nicht, noch nicht oder nicht im erforderlichen Umfang erbracht werden und reicht auch teilstationäre Pflege nicht aus, besteht Anspruch auf Kurzzeitpflege – begrenzt auf vier Wochen pro Kalenderjahr – in einer vollstationären Einrichtung.

Auf teilstationäre Pflege haben Pflegebedürftige Anspruch, wenn häusliche Pflege nicht in ausreichendem Umfang sichergestellt werden kann.

Übersicht der Leistungen der Pflegeversicherung

Am Jahresende 2001 erhielten im Land Brandenburg 67 821 Personen oder 2,6 Prozent der Bevölkerung Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz. Gegenüber dem Jahresende 1999, dem Jahr der vorangegangenen

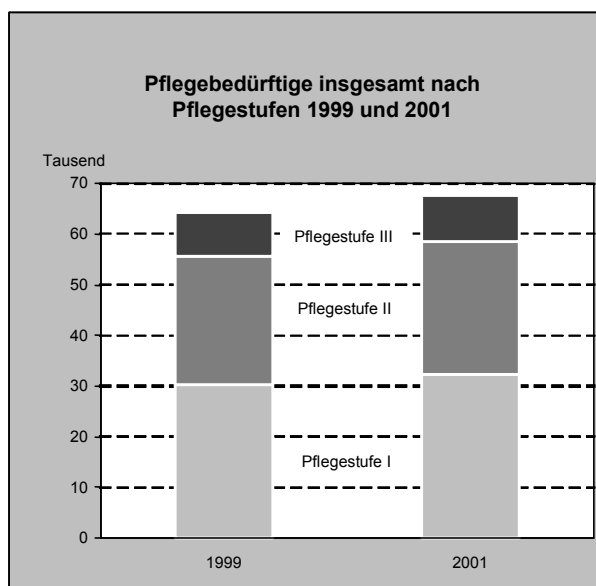
Erhebung, sind das 5,4 Prozent pflegebedürftiger Personen mehr.



47,6 Prozent der Pflegebedürftigen waren der Pflegestufe I zugeordnet, 38,7 Prozent der Pflegestufe II und 13,5 Prozent der Pflegestufe III, darunter 248 Härtefälle. Lediglich bei 0,2 Prozent der Fälle war eine Zuordnung zu einer Pflegestufe noch nicht entschieden.

Etwas mehr als zwei Drittel der auf pflegerische Hilfe Angewiesenen sind Frauen, dass sind 3,5 Prozent der weiblichen Bevölkerung des Landes.

Mehr als drei Viertel aller Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter und ein Drittel 85 Jahre und älter.



In den Pflegeeinrichtungen waren ca. 16 200 Personen beschäftigt, etwa 1 400 mehr als am Jahresende 1999. Knapp die Hälfte des Personals befand sich in Vollzeitbeschäftigung.

Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten erbrachte ausschließlich ambulante oder stationäre Sachleistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI). Der andere Teil des Personals wurde anteilmäßig auch in anderen Arbeitsbereichen eingesetzt, z. B. häusliche Krankenpflege oder Haushaltshilfe nach SGB V.

Rund 39 Prozent aller Beschäftigten verfügten über den Berufsabschluss Krankenschwester, Krankenpfleger, staatlich anerkannte/r Altenpfleger/in. Der gleiche prozentuale Anteil betraf Beschäftigte im Pflegebereich mit sonstigem Berufsabschluss und ohne Berufsabschluss oder noch in Ausbildung befindlich.

Ambulante Pflegeeinrichtungen - Pflegedienste

Am Jahresende 2001 standen ebenso wie 1999 im Land Brandenburg 516 Pflegedienste zur Betreuung pflegebedürftiger Mitbürger zur Verfügung. Die Pflegedienste befanden sich zu 60 Prozent in privater, zu 39 Prozent in freigemeinnütziger und lediglich zu einem Prozent in öffentlicher Trägerschaft.

Die Pflegedienste betreuten 17 631 pflegebedürftige Personen, darunter zu drei Viertel Frauen. 89 Prozent der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter, beim weiblichen Geschlecht waren es sogar 93 Prozent.

Pflegebedürftige in Pflegediensten nach Altersgruppen, Pflegestufen und Geschlecht			
Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige		
	insgesamt	männlich	weiblich
unter 15	63	37	26
15 – 65	1 816	921	895
65 – 85	9 216	2 427	6 789
85 – 90	3 736	720	3 016
90 und älter	2 800	532	2 268
Insgesamt	17 631	4 637	12 994
davon			
Pflegestufe I	8 635	2 049	6 586
Pflegestufe II	6 826	1 840	4 986
Pflegestufe III	2 170	748	1 422
darunter Härtefälle	84	34	50

Ausgewählte Merkmale zu Pflegediensten nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Pflege- dienste	Pflegebedürftige					Personal	
		insge- samt	Pflegestufe			je Pflege- dienst	insge- samt	darunter vollzeit- beschäf- tigt
			I	II	III			
Kreisfreie Städte								
Brandenburg an der Havel	10	516	289	192	35	52	188	60
Cottbus	23	768	374	299	95	33	264	169
Frankfurt (Oder)	11	283	177	84	22	26	99	31
Potsdam	22	835	442	309	84	38	323	133
Landkreise								
Barnim	31	1 176	610	426	140	38	353	157
Dahme-Spreewald	33	1 293	584	536	173	39	393	174
Elbe-Elster	33	1 008	461	422	125	31	343	166
Havelland	33	1 212	592	456	164	37	433	127
Märkisch-Oderland	27	910	442	360	108	34	355	110
Oberhavel	45	1 501	680	596	225	33	599	253
Oberspreewald-Lausitz	25	797	408	302	87	32	266	104
Oder-Spree	34	919	456	350	113	27	312	122
Ostprignitz-Ruppin	29	989	449	417	123	34	355	165
Potsdam-Mittelmark	37	1 428	662	561	205	39	464	207
Prignitz	18	751	369	300	82	42	300	95
Spree-Neiße	35	906	444	349	113	26	363	116
Teltow-Fläming	34	1 139	549	443	147	34	423	145
Uckermark	36	1 200	647	424	129	33	395	148
Land Brandenburg	516	17 631	8 635	6 826	2 170	34	6 228	2 482

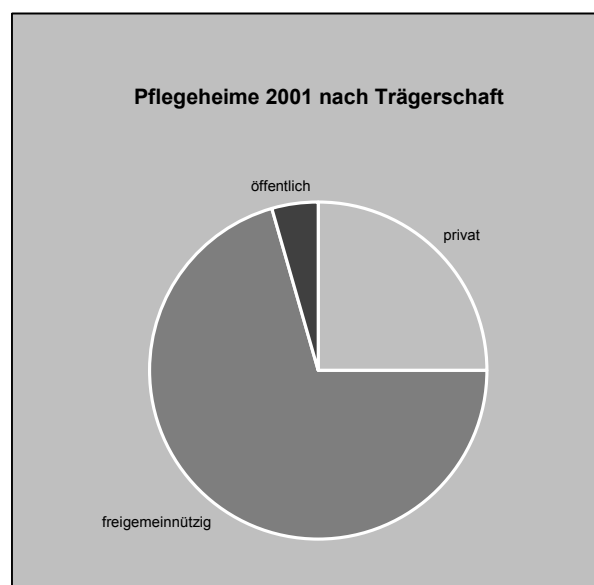
6 228 Beschäftigte der Pflegedienste, überwiegend weibliches Personal, betreuten die auf Hilfe und Pflege angewiesenen Menschen. 39,9 Prozent übten ihre Tätigkeit in Vollzeit aus, 3 544 Personen waren teilzeitbeschäftigt und 3,2 Prozent waren Praktikanten, Schüler, Auszubildende, Helfer im freiwilligen sozialen Jahr oder Zivildienstleistende

zent. In den Pflegeheimen wurden 16 993 pflegebedürftige Personen betreut, Dreiviertel der zu Pflegenden waren weiblich.

Stationäre Pflegeeinrichtungen - Pflegeheime

In den am Jahresende 2001 vorhandenen 267 Pflegeheimen (Ende 1999: 261 Pflegeheime) standen 19 198 Plätze zur Betreuung der pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung. Darunter wurden 9 221 Plätze für Dauerpflege sowie 5 612 Plätze für Dauer- und Kurzzeitpflege vorgehalten. Diese verfügbaren Pflegeplätze befanden sich überwiegend in Ein- und Zweibettzimmern. Des weiteren standen 826 Tages- und 53 Nachtpflegeplätze zur Nutzung bereit.

Die vollstationären Dauerpflegeplätze wurden zu 89,4 Prozent ausgelastet, die Plätze der Tagespflege zu 76,6 Prozent und die Nachtpflegeplätze lediglich zu 17,0 Pro-



90,3 Prozent der Pflegebedürftigen in den Heimen waren 65 Jahre und älter, bei den weiblichen Personen lag dieser Anteil bei 95,0 Prozent.

Pflegebedürftige in Pflegeheimen nach Altersgruppen, Pflegestufen und Geschlecht			
Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige		
	insgesamt	männlich	weiblich
unter 15	2	–	2
15 – 65	1 650	988	662
65 – 85	7 172	1 857	5 315
85 – 90	4 012	471	3 541
90 und älter	4 157	468	3 689
Insgesamt	16 993	3 784	13 209
davon			
Pflegestufe I	5 064	1 314	3 750
Pflegestufe II	8 092	1 683	6 409
Pflegestufe III	3 725	752	2 973
darunter			
Härtefälle	164	75	89
noch keiner Pflege- stufe zugeordnet	112	35	77

Zur Erfüllung der Pflegeaufgaben waren in den Heimen 9 969 Personen angestellt, darunter die Hälfte in Vollzeitbeschäftigung.



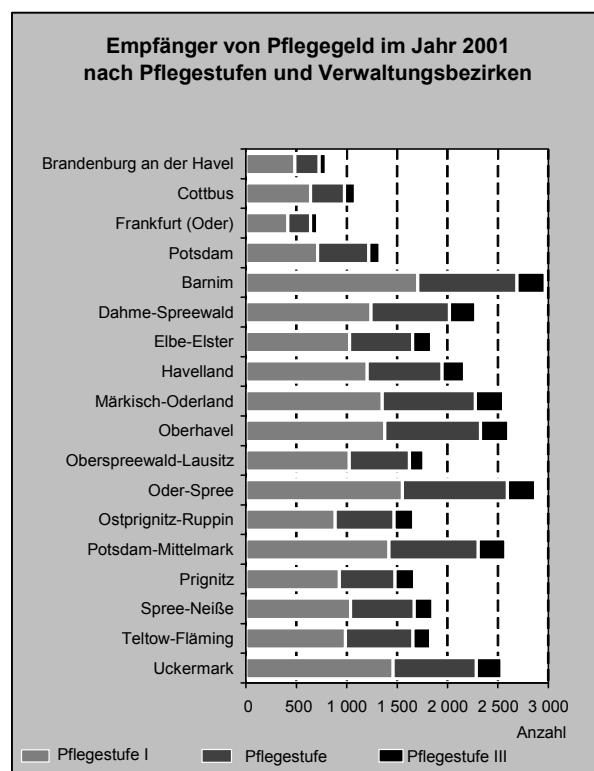
Bezogen auf den Berufsabschluss steht in den Heimen zu 53 Prozent Fachpersonal für die pflegerischen Tätigkeiten zur Verfügung.

Pflegegeld

Am Jahresende 2001 erhielten insgesamt 35 128 brandenburger Männer und Frauen Pflegegeld. Darunter nahmen 1 931 Personen die Kombination von Geld- und Sachleistungen in Anspruch.

Die Pflegebedürftigen, die ausschließlich Pflegegeld erhielten, wurden grundsätzlich von Familienangehörigen oder Bekannten und Nachbarn in ihrer oder deren Umgebung betreut und gepflegt. Der Anteil weiblicher Pflegebedürftiger ist hierbei niedriger als bei ambulanter oder stationärer Pflege. Pflegegeld wurde zu ca. 90 Prozent für Empfänger der Pflegestufen I und II gezahlt.

Fast drei Viertel aller Pflegegeldempfänger erhielten ihre Leistungen von der AOK Brandenburg.



Ausgewählte Merkmale zu Pflegeheimen nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Pflege- heime	Verfügbare Plätze		Pflegebedürftige					Personal	
		insge- samt	darunter	insge- samt	Pflegestufe			noch keine Zuord- nung	insge- samt	darunter
			vollsta- tionäre Pflege		I	II	III			voll- zeitbe- schäf- tigt
Kreisfreie Städte										
Brandenburg an der Havel	9	641	584	518	148	251	118	1	396	106
Cottbus	11	859	805	705	240	322	137	6	450	211
Frankfurt (Oder)	9	734	716	616	221	282	107	6	339	217
Potsdam	13	750	710	685	153	343	181	8	441	219
Landkreise										
Barnim	26	1 534	1 452	1 349	339	606	397	7	787	407
Dahme-Spreewald	14	888	850	930	291	478	160	1	550	251
Elbe-Elster	6	775	740	673	188	333	140	12	374	154
Havelland	13	928	892	866	245	376	235	10	503	313
Märkisch-Oderland	22	1 579	1 547	1 298	393	651	246	8	791	404
Oberhavel	21	1 528	1 459	1 395	396	695	300	4	803	438
Oberspreewald-Lausitz	10	901	879	855	272	461	109	13	505	325
Oder-Spree	19	1 625	1 580	1 388	452	657	258	21	796	470
Ostprignitz-Ruppin	16	927	888	835	232	352	248	3	431	291
Potsdam-Mittelmark	22	1 651	1 560	1 534	473	699	360	2	825	555
Prignitz	7	620	620	583	155	266	160	2	332	132
Spree-Neiße	18	847	774	757	237	351	162	7	523	153
Teltow-Fläming	15	1 363	1 288	1 031	312	519	199	1	582	197
Uckermark	16	1 048	975	975	317	450	208	–	541	175
Land Brandenburg	267	19 198	18 319	16 993	5 064	8 092	3 725	112	9 969	5 018

Christel Beate Seifert

Neues Krankenhausverzeichnis erschienen

Als Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder liegt seit kurzem das aktualisierte **Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen** in Deutschland mit dem Stand 31. Dezember 2000 vor.

Dieses Verzeichnis weist alle Einrichtungen nach, die im Berichtsjahr 2000 zur stationären Versorgung der Bevölkerung in Deutschland beigetragen haben, sofern diese einer Veröffentlichung zugestimmt haben.

Für 2 220 Krankenhäuser und 1 363 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sind jeweils Name, Anschrift, Telekommunikationsnummern, Art der Einrichtung, Träger, aufgestellte Betten nach Fachabteilungen sowie die Tages- und Nachtklinikplätze nach Fachabteilungen nachgewiesen. Die Einrichtungen sind nach administrativen Fachabteilungen sowie die Tages- und Nachtklinikplätze

nach Fachabteilungen nachgewiesen. Die Einrichtungen sind nach administrativen Gebietseinheiten (Bundesländer, Regierungsbezirke und Kreise) geordnet.

Dieses Verzeichnis ist als Buch (Preis: 25,00 EUR zzgl. Versand, Bestell-Nr. 9818850-0900) oder CD-ROM (Preis: 49,00 EUR zzgl. Versand, Bestell-Nr. 8818020-00900) erhältlich bei:

Verlag Metzler-Poeschel (SFG-Servicecenter)



Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen



07071 935350



07071 935335



E-Mail: destatis@s-f-g.com,
Internet: www.s-f-g.com/

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) erfassen Veränderungen im „Naturhaushalt“ und stellen ökonomisch-ökologische Zusammenhänge dar. Das Statistische Bundesamt befasst sich seit 1989 mit den UGR und bietet diesbezüglich ein komplexes Informationssystem auf nationalem Gebiet.

Auf Länderebene wird ebenfalls der Anspruch erhoben, im Rahmen der UGR Daten zur Umweltsituation zur Verfügung zu stellen. Deshalb wurde im Jahr 1998 die Arbeitsgruppe „UGR der Länder“ gegründet, an der sich der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg beteiligt. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist die Entwicklung von Methodiken zur Untersuchung von Umweltfaktoren in den einzelnen Bundesländern und die Darstellung entsprechender Ergebnisse.

Entstehung der UGR

Die Einsicht in die Endlichkeit natürlicher Ressourcen, die Erkenntnis über die Belastung der Umwelt mit Emissionen und Abfällen und nicht zuletzt die Konfrontation mit den ökologischen Folgen der Klimaveränderungen haben einen globalen Bewusstseinswandel in den Menschen hervorgerufen. Die Bedeutung der natürlichen Umwelt wird seit einigen Jahren in der Öffentlichkeit wieder deutlich hervorgehoben. So hat sich Deutschland in den Schlussdokumenten der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro dazu verpflichtet, die dort getroffenen Vereinbarungen in der Politik umzusetzen. Im Mittelpunkt dabei steht das Leitmotiv der „Nachhaltigen Entwicklung“. Kennzeichnend für eine nachhaltige Entwicklung ist, dass sie „den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden...“ (aus Brundtland-Bericht 1987). Die Realisierung dieses anspruchsvollen Zieles erfordert die Betrachtung ökonomischer, aber auch ökologischer und sozialer Aspekte. Systeme wie die UGR, die im Rahmen des Aktionsprogrammes Agenda 21 auf der Konferenz in Rio de Janeiro sogar ausdrücklich gefordert wurden, bilden hierbei ein wichtiges Instrumentarium.

Um den Wohlstand einer Volkswirtschaft umfassend beurteilen zu können bedarf es einerseits gesamtwirtschaftlicher Analysen, wie sie von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) bereitgestellt werden. Es handelt sich hierbei um kurz- bzw. mittelfristige Wirtschaftsbeobachtungen. Zwischen Wirtschaft, Umwelt und Sozialem bestehen jedoch Wechselwirkungen, die in der VGR nicht genügend Berücksichtigung finden. Es ist demzufolge andererseits zwingend notwendig, langfristige Entwicklungen, insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten und Umweltveränderungen, aufzuzeigen. Diesen Anforderungen wird ein Gesamtrechnungssystem, wie die UGR, gerecht. Ebenfalls

lässt sich aus den Ergebnissen der UGR erkennen, inwieweit Aktivitäten auf dem Wege des „Nachhaltigen Wirtschaftens“ greifen.

Bereits im Jahr 1989 hat sich das Statistische Bundesamt dazu entschlossen, die UGR zu konzipieren. Vorausgegangen war eine Anhörung des Bundestagsausschusses für Wirtschaft, in der u. a. die punktuelle Betrachtungsweise von Einzelstatistiken, auch gerade im Umweltbereich, kritisiert wurde.

Derzeit liegt ein ausgewogenes Gesamtkonzept für die UGR vor. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht in Fachserien bzw. als Internet-Angebot regelmäßig Ergebnisse zu den UGR und informiert auf der jährlich stattfindenden Pressekonferenz über umweltökonomische Eckdaten.

Ziele und Inhalt der UGR

Ziel der UGR ist es, Auskunft über Belastung und Zustand der Umwelt im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aktivitäten zu geben. Die durch diese Handlungen ausgelösten Veränderungen im „Naturhaushalt“ werden statistisch nachgewiesen.

Wirtschaftliche Aktivitäten und Umweltveränderungen verlaufen zeitlich und räumlich nicht synchron. Das Leistungspotential der Natur wird durch Inanspruchnahme von Energieträgern und Rohstoffen bzw. als Senke für Schadstoffe und Abfälle vermindert, im Extremfall sogar zerstört. Die Auswirkungen wirtschaftlichen Handelns werden erst Jahre oder Jahrzehnte später spürbar. Die UGR soll aufzeigen, welche natürlichen Ressourcen durch Produktion und Konsum einer Periode beansprucht, verbraucht und entwertet werden. Bei umweltökonomischen Darstellungen kommt es auf langfristige Trends an. Die VGR berechnet für produzierte Vermögensgegenstände Abschreibungen und berücksichtigt somit den

Wertverlust dieser Gegenstände. Nicht messbare bzw. nicht mit Preisen zu bewertende Leistungen, wie Leistungen der Natur, werden nicht einbezogen.

In den UGR hingegen sollen die Basisdaten für die Berechnung von Abschreibungen auf das Naturvermögen ermittelt werden. Wichtig an dieser Stelle ist der Hinweis, dass es diese Abschreibungen, also der Umweltverbrauch, als **eine** Zahl der amtlichen Statistik jedoch nicht geben wird. Der ökologische Wert der Natur ist zu vielfältig, als dass er nach nur einem vorgegebenen Berechnungsschema mit dem Ergebnis einer Abschreibungsgröße ermittelt werden könnte. Vielmehr wird Wert gelegt auf Untersuchungen verschiedener umweltrelevanter Themenbereiche (Material- und Energieflussrechnungen oder Flächen- und Raumnutzung) nach differenzierten Methodiken, die im Ergebnis entsprechend aufeinander abgestimmte physische und monetäre Daten bereitstellen. Die Beobachtung dieser Größen über einen längeren Zeitraum gibt Auskunft über das Verhalten der Natur unter bestimmten Einflussfaktoren. So werden beispielsweise Material- und Energieströme hinsichtlich ihrer Rohstoff- und Energieverbräuche, wie Steine, Erden, bergbauliche Erzeugnisse bzw. Schadstoffabgaben, wie Luftemissionen, untersucht. Werden die Resultate ins Verhältnis gesetzt mit wirtschaftlichen Komponenten, z. B. der Wertschöpfung, so sind Entwicklungstendenzen bezüglich der effizienten Nutzung der Natur sichtbar.

Ergebnisse aus den Untersuchungen der verschiedenen umweltrelevanten Themenbereiche sind wichtiger Baustein für wissenschaftliche Trend- und Modellrechnungen zur Beurteilung gesamtwirtschaftlicher Tendenzen in Richtung „Nachhaltiger Entwicklung“. Die UGR zielen also auf eine Ergänzung der VGR um umweltorientierte Betrachtungen; die traditionellen Regeln der VGR bleiben dabei unverändert. Die UGR sind ein Satellitensystem, das Schnittpunkte zur VGR enthält.

Zusammengefasst ergibt sich für die UGR inhaltlich folgendes Bild. Durch wirtschaftliche Aktivitäten (z. B. Rohstoffentnahmen, Versiegelung von Flächen) wird Druck auf die Natur ausgeübt. Dieser Druck löst Veränderungen in der Natur aus und beeinflusst somit den Umweltzustand. Als Folge reagieren die Menschen und versuchen, den Druck auf die Natur zu verringern oder bereits eingetretene Schäden zu sanieren. Folglich sind für die drei Kategorien Umweltbelastung, Umweltzustand und Umweltschutzmaßnahmen statistische Daten bereit zu stellen.

Methodisches Konzept der UGR

Das Konzept zur UGR wurde vom Statistischen Bundesamt erarbeitet.

Es enthält die fünf umweltrelevanten Themenbereiche:

1. Material- und Energieflussrechnungen
2. Nutzung von Fläche und Raum
3. Indikatoren des Umweltzustandes
4. Maßnahmen des Umweltschutzes
5. Vermeidungskosten zur Erreichung von Standards

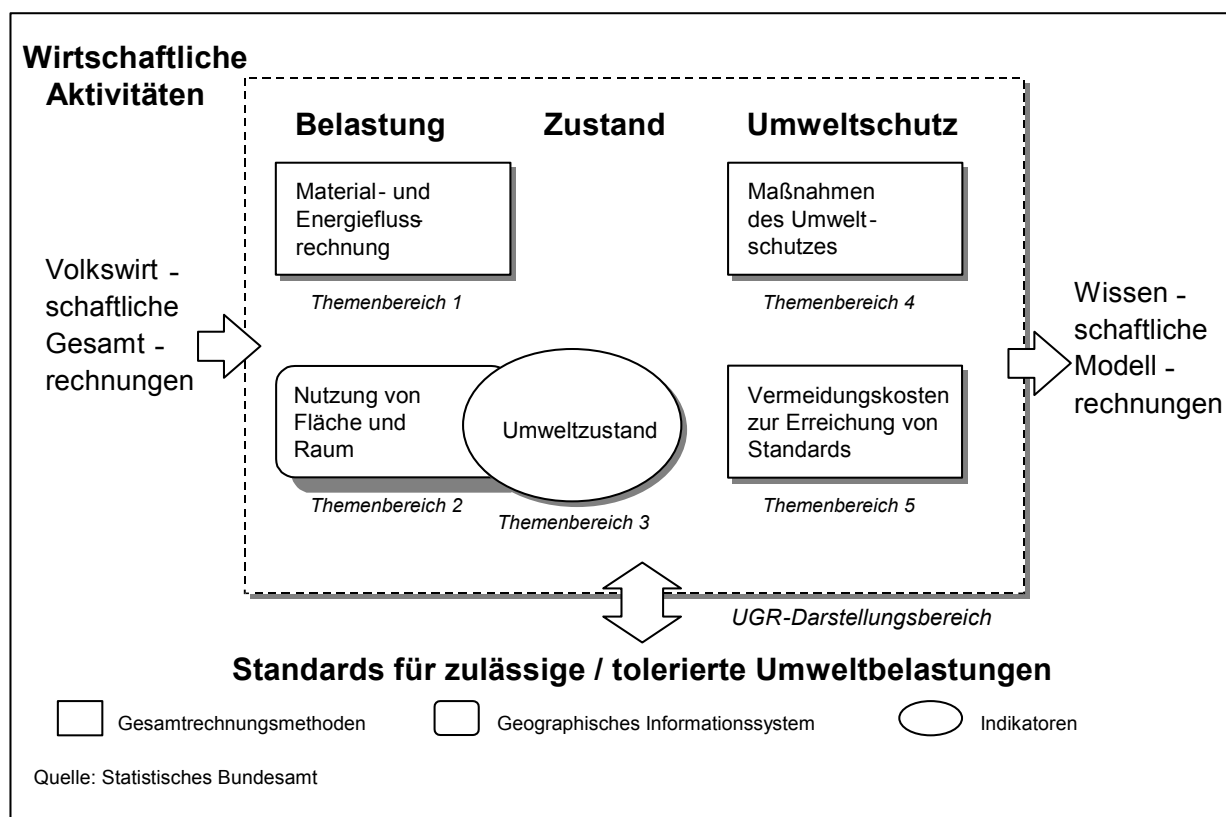
Die Kategorien Belastung, Zustand und Schutzmaßnahmen der Umwelt sind darin abgebildet.

Wie bereits erwähnt, werden für jeden der fünf Themenbereiche eigene Berechnungsmethoden angewandt. Die Ergebnisse jedoch stehen gleichwertig nebeneinander. Sie können, miteinander verknüpft, zu einem Gesamtbild zusammengefügt werden.

Im Themenbereich **„Material- und Energieflussrechnungen“** werden Ergebnisse über Stoffströme der Wirtschaft mit der Natur vorgestellt. Schwerpunkt bildet der Kreislauf: Entnahme von Rohstoffen aus der Natur, Veränderungen dieser Stoffe in Wirtschafts- und Haushaltsprozessen und schließlich Abgabe von Rest- und Schadstoffen an die Natur. Basisdaten sind physische Größen aus Produktions-, Umwelt- und Energiestatistiken. Ergebnisse aus Material- und Energieflussrechnungen werden nach wirtschaftlichen und privaten Aktivitäten gegliedert.

Der Zusammenhang zwischen Bodennutzung als Siedlungs- und Verkehrsfläche und den Verursachern, also die Veränderung von Flächen durch menschliche Aktivitäten, wird im Themenbereich **„Nutzung von Fläche und Raum“** dargestellt. Grundlage bilden Daten über Bodenbedeckung aus geografischen Informationssystemen (Statistisches Bundesamt verfügt über ein derartiges System) sowie Ergebnisse der Bodengesamtrechnung. Die Fläche ist i. d. R. eine feststehende und konstante Größe. Fläche kann jedoch verbraucht werden, wenn durch die Art der Nutzung bzw. Schädigung der Fläche alle anderen möglichen Nutzungen ausgeschlossen werden.

An der Entwicklung des Umweltzustandes, siehe Themenbereich **„Indikatoren des Umweltzustandes“**, lässt sich erkennen, ob direkte Umweltschutzmaßnahmen greifen. Bei der Bearbeitung dieses Themenfeldes besteht die Aufgabe insbesondere darin, die räumlich und inhaltlich isolierten Mess- und Beobachtungsdaten zu geeigneten Indikatoren zu verdichten. Als Instrument zur Beobachtung der Veränderung von Landschaften, Pflanzen und Tieren hat sich die ökologische Flächenstichprobe (Statistisches Bundesamt verfügt darüber) etabliert.



Die „**Maßnahmen für den Umweltschutz**“ weisen die tatsächlich entstandenen Kosten für durchgeführte Maßnahmen der Wirtschaft und des Staates zum Schutz der Umwelt aus. Basisdaten werden aus Statistiken über Umweltschutzinvestitionen, Anlagevermögen für Umweltschutz, Umweltschutzausgaben und Umweltsteuern gewonnen.

„**Vermeidungskosten zur Erreichung von Standards**“ zeigen hypothetische Kosten an, die zur Vermeidung bzw. Senkung von Umweltbelastungen notwendig wären. Die amtliche Statistik kann technische Vermeidungskosten für ausgewählte Schadstoffe kalkulieren, wie das Ergebnis einer Studie zeigt. Gesamtwirtschaftliche Vermeidungskosten können jedoch nur durch aufwendige Modellrechnungen ermittelt werden.

Die UGR, insbesondere die „Material- und Energieflussrechnungen“ sind so konzipiert, dass Berechnungsgrößen trotz unterschiedlichen Datentyps miteinander verknüpft werden können. Eine derartige Verknüpfung wird erreicht, indem eine Struktur der Darstellung gefunden wird, die beiden Datentypen gemeinsam ist. Als Beispiel seien genannt die Daten aus der VGR, die eine traditionell wirtschaftliche Struktur aufweisen und die Daten aus Umweltstatistiken, wie Emissionsberechnungen, die eine Emittentenstruktur aufweisen. Hier wird die Emittentenstruktur in eine wirtschaftliche Bereichsgliederung „um-

gesetzt“. Eine einheitliche Berechnungsgrundlage und Vergleichbarkeit der Resultate ist somit gegeben.

Zu den fünf Themenfeldern der UGR werden vom Statistischen Bundesamt kontinuierlich Ergebnisse auf Bundesebene vorgestellt. Konzeptionell erfahren diese Bereiche eine ständige Vertiefung, die Aussagefähigkeit zu wirtschafts- und umweltpolitischen Fragen bleibt dabei stets Mittelpunkt der Betrachtungen.

Regionalisierung der UGR

Eine umfassende Beurteilung der Umweltsituation verlangt auch die Bereitstellung und Einbeziehung regionaler Ergebnisse. Diese Regionaldaten verdeutlichen, wie unterschiedlich sich umweltspezifische Gegebenheiten in den einzelnen Ländern darstellen. Nicht zuletzt wächst seitens der Umweltpolitik auf Länderebene zunehmend der Bedarf an entsprechenden Informationen. So erfordert etwa die Umsetzung regionaler Initiativen und Maßnahmen, für **Brandenburg** seien hier beispielhaft das Energiekonzept und die Agrarinvestitionsförderung genannt, das Vorhandensein einer transparenten Datenbasis zu Umweltgegebenheiten. Regionale Maßnahmen unterstützen die regionale Kreislaufwirtschaft. Diese wiederum fördert die Wettbewerbsfähigkeit entsprechender Branchen, wie z. B. der Landwirtschaft, im nationalen und europäischen Maßstab.

Im Jahr 1998 wurde die Arbeitsgruppe „UGR der Länder“ gegründet. Es beteiligen sich daran derzeit die Länder Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Das Statistische Bundesamt wirkt beratend mit.

Der Aufbau regionaler UGR ist Ziel der Arbeitsgruppe. Als völlig neues Arbeitsgebiet der amtlichen Statistik erfordert die Realisierung dieses Zieles die Umsetzung von Schwerpunktaufgaben, wie u. a.

- ☐ Entwicklung eines Konzeptes für koordinierte regionale UGR,
- ☐ Methodenentwicklung für bestimmte Teilbereiche eines UGR-Themenfeldes,
- ☐ Berechnungen nach erstellter Methodik für das eigene Bundesland und alle weiteren Bundesländer,
- ☐ Präsentationen und Veröffentlichungen der Ergebnisse.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe befassen sich zunächst mit dem Themenbereich „Material- und Energieflussrechnung“. Es gilt, Methoden für die zu untersuchenden Kriterien Rohstoffe, Wasser, Abfall und Luft dieses umfassenden Komplexes zu entwickeln bzw. zu prüfen, in wie weit die Konzepte des Statistischen Bundesamtes auf die Länder übertragbar sind. Die Arbeitsgruppe hat sich zur Lösung dieser Aufgabe auf eine arbeitsteilige Vorgehensweise geeinigt.

Der LDS Brandenburg hat den Teilbereich Luftemissionen übernommen. Im Einzelnen besteht die Aufgabe darin, die Darstellung von Luftemissionen nach wirtschaftlicher Bereichsgliederung aus der Energiebilanz heraus zu konstruieren. Die Methodik wird an Hand eines Rechnungsmodells nachgewiesen und dokumentiert. Ziel ist die Erstellung einer Zeitreihe mit jährlichen Ergebnissen, die dann den Vergleich mit ökonomischen Kennziffern ermöglichen. Damit werden Entwicklungstendenzen sichtbar, wie effizient mit der Natur umgegangen wird. Eine Präsentation von ersten regionalen UGR-Ergebnissen ist für das Jahr 2004 angestrebt.

Neben den methodischen Arbeiten gehört zu den Schwerpunktaufgaben der Arbeitsgruppe die Erstellung und Veröffentlichung statistischer Berichte mit umweltrelevanten Daten. Diese Datensammlungen werden von jedem UGR-Mitgliedsland für das jeweilige Bundesland mit dem Titel „Umweltökonomische Gesamtrechnungen – Basisdaten und ausgewählte Ergebnisse“ veröffentlicht. In allen beteiligten Ländern sind die Basisdatenhefte nach einem in der Arbeitsgruppe abgestimmten Kerntabellenprogramm aufgebaut, das die einheitliche Darstellung von Tabellen garantiert und somit einen Ländervergleich ermöglicht. Inhaltlich orientieren sich die Basistabellen an den fünf Themenbereichen der UGR. Das Datenangebot wird stets aktuell fortgeschrieben. Der LDS Brandenburg veröffentlicht diese Publikation in jährlicher Periodizität und leistet somit einen Beitrag auf der Informationsseite zu Brandenburger Gegebenheiten.

Rosemarie Klonower

Statistischer Bericht

Umweltökonomische Gesamtrechnungen – Basisdaten und ausgewählte Ergebnisse für das Land Brandenburg

Auf der Grundlage stets aktuell fortgeschriebenen Datenmaterials informiert die 80-seitige Broschüre über die Umweltsituation in Brandenburg. Dem Leser werden Eckwerte zu Grunddaten des Landes, zur Inanspruchnahme und Belastung der Umwelt sowie zu Umweltschutzmaßnahmen geboten. Zahlen und Fakten zu einzelnen Gegebenheiten, wie beispielsweise Fläche und Bevölkerung, Bruttoinlandsprodukt, Verkehr, Energie, Emissionen u. v. a. m. werden überwiegend in Zeitreihen dargestellt und dokumentieren somit Entwicklungen in den Bereichen Gesellschaft und Umwelt.

Vergleichbare Publikationen werden ebenfalls von anderen Bundesländern herausgegeben. Der Konsument erhält somit die Möglichkeit, Vergleiche anzustellen bzw. Entwicklungstendenzen anderer Regionen zu beobachten. Der Bericht kostet 5,25 EURO und kann bestellt werden beim



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de

Arbeitskosten 2000 in ausgewählten Dienstleistungsbereichen

Die Arbeitskosten für die Arbeitgeber im Handel, Gastgewerbe sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe Brandenburgs lagen im Jahr 2000 bei durchschnittlich 29 177 Euro je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem vorangegangenen Erhebungsjahr 1996 von 6,4 Prozent. Die Zunahme ist auf das um 11,7 Prozent höhere Entgelt für geleistete Arbeitszeit zurückzuführen. Die Personalnebenkosten sanken um 1,3 Prozent. Höhe, Struktur und Entwicklung der Arbeitskosten weisen zwischen den Dienstleistungsbereichen allerdings eine beträchtliche Streuung auf.

Vorbemerkung

Mit diesem Beitrag wird die im Heft III/2002 Daten + Analysen begonnene Publikation von Ergebnissen der Arbeitskostenerhebung 2000 fortgesetzt. Gegenstand der folgenden Ausführungen sind Unternehmensergebnisse der in die Erhebung einbezogenen Dienstleistungsbereiche

- ❑ Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (im Text als Handel bezeichnet),
- ❑ Gastgewerbe sowie
- ❑ Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Auf den gesonderten Nachweis von Unternehmensergebnissen des Versicherungsgewerbes muss jedoch aus datenschutzrechtlichen Gründen verzichtet werden.

Im Unterschied zum Produzierenden Gewerbe wird vom Gesetzgeber für den Dienstleistungsbereich auf die Untergliederung in Arbeiter und Angestellte verzichtet. Die Aussagen beziehen sich auf die Arbeitnehmer insgesamt, wobei Teilzeitbeschäftigte zu Vergleichszwecken in Vollzeitbeschäftigte umgerechnet werden.

Große Unterschiede zwischen den Dienstleistungsbereichen

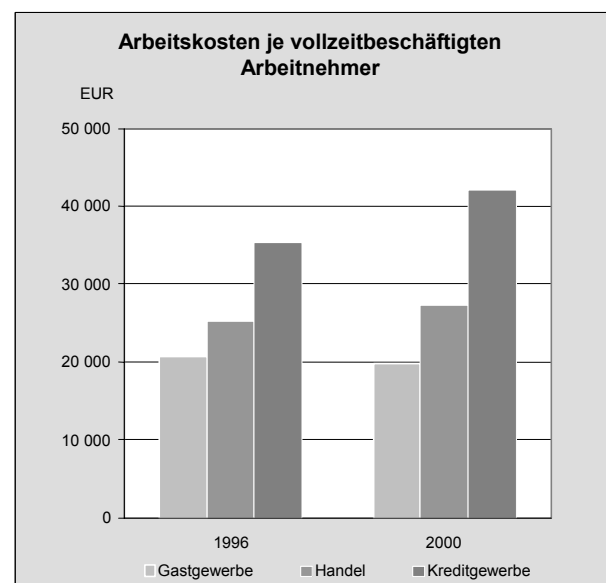
Die Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer lagen im Jahr 2000 bei durchschnittlich 29 177 EUR. Das waren 1 748 EUR bzw. 6,4 Prozent mehr als 1996. Die Spannweite reichte von 19 765 EUR jährlichen Arbeitskosten in den Unternehmen des brandenburgischen Gastgewerbes bis 41 990 EUR im Kreditgewerbe. Die Schere zwischen beiden Bereichen hat sich im Vergleich zu 1996 weiter geöffnet. Während im Gastgewerbe die Arbeitskosten

um 4,5 Prozent sanken sind sie im Kreditgewerbe um 19,2 Prozent angestiegen.

Zwischen diesen beiden Extremwerten lag der Handel mit durchschnittlichen Arbeitskosten von 27 289 EUR je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer. Das waren 7,8 Prozent mehr als 1996.

Innerhalb des Handels waren die Arbeitskosten im Kraftfahrzeughandel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Tankstellen mit 28 899 EUR am höchsten, gefolgt von der Handelsvermittlung und dem Großhandel mit 27 245 Euro und dem Einzelhandel mit 25 953 EUR.

Die Zunahme der Arbeitskosten war im Einzelhandel mit 12,8 Prozent am höchsten. Danach folgt der Kraftfahrzeughandel mit 8,7 Prozent. Die geringste Erhöhung ist für die Handelsvermittlung und den Großhandel mit 0,2 Prozent fest zu stellen.



Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich im Jahr 2000

Kostenart	Dienstleis- tungs- bereich insgesamt	darunter						
		Handel	davon			Gast- gewerbe	Kredit- gewerbe	
			Kraftfahr- zeughandel	Handels- vermittlung und Groß- handel	Einzel- handel			
Arbeitskosten insgesamt in EUR								
Arbeitskosten insgesamt	29 177	27 289	28 899	27 245	25 953	19 765	41 990	
darunter Löhne und Gehälter	23 010	21 719	22 921	21 849	20 603	15 156	32 368	
Entgelt für geleistete Arbeitszeit ¹⁾	18 002	17 578	18 765	17 555	16 586	12 537	22 286	
Personalnebenkosten insgesamt	11 175	9 711	10 135	9 689	9 368	7 227	19 705	
dar. gesetzl. Personalnebenkosten	6 085	5 799	6 157	5 862	5 451	4 233	8 183	
Sonderzahlungen	1 432	826	582	925	960	325	4 771	
Vergütung arbeitsfreier Tage	3 577	3 316	3 574	3 369	3 058	2 293	5 312	
Aufwendungen für Vorsorgeein- richtungen	4 947	4 675	4 981	4 724	4 380	3 379	6 923	
sonstige Personalnebenkosten	1 219	895	997	672	970	1 229	2 700	
Arbeitskosten je geleisteter Arbeits- stunde	16,70	15,45	16,47	15,32	14,70	11,26	25,34	
Anteil an den Arbeitskosten insgesamt in Prozent								
Arbeitskosten insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	
darunter Löhne und Gehälter	78,9	79,6	79,3	80,2	79,4	76,7	77,1	
Entgelt für geleistete Arbeitszeit ¹⁾	61,7	64,4	64,9	64,4	63,9	63,4	53,1	
Personalnebenkosten insgesamt	38,3	35,6	35,1	35,6	36,1	36,6	46,9	
dar. gesetzl. Personalnebenkosten	20,9	21,3	21,3	21,5	21,0	21,4	19,5	
Sonderzahlungen	4,9	3,0	2,0	3,4	3,7	1,6	11,4	
Vergütung arbeitsfreier Tage	12,3	12,2	12,4	12,4	11,8	11,6	12,7	
Aufwendungen für Vorsorgeein- richtungen	17,0	17,1	17,2	17,3	16,9	17,1	16,5	
sonstige Personalnebenkosten	4,2	3,3	3,4	2,5	3,7	6,2	6,4	
Veränderung gegenüber 1996 in Prozent ²⁾								
Arbeitskosten insgesamt	+ 6,4	+ 7,8	+ 8,7	+ 0,2	+ 12,8	- 4,5	+ 19,2	
darunter Löhne und Gehälter	+ 7,9	+ 8,6	+ 10,3	+ 2,4	+ 11,7	- 5,1	+ 22,2	
Entgelt für geleistete Arbeitszeit ¹⁾	+ 11,7	+ 11,0	+ 11,7	+ 4,6	+ 14,5	- 4,1	+ 26,6	
Personalnebenkosten insgesamt	- 1,3	+ 2,5	+ 3,5	- 6,9	+ 10,0	- 5,3	+ 11,8	
dar. gesetzl. Personalnebenkosten	+ 5,9	+ 7,1	+ 5,0	+ 2,0	+ 11,2	- 6,7	+ 15,0	
Sonderzahlungen	- 20,6	- 16,7	+ 19,5	- 19,3	- 17,5	- 6,9	+ 5,1	
Vergütung arbeitsfreier Tage	+ 4,6	+ 4,5	+ 2,7	- 1,4	+ 9,5	- 10,0	+ 22,3	
Aufwendungen für Vorsorgeein- richtungen	+ 6,7	+ 9,3	+ 9,6	+ 4,2	+ 11,9	- 1,1	+ 15,8	
sonstige Personalnebenkosten	- 16,3	- 12,9	- 22,0	- 48,5	+ 49,2	- 6,3	- 2,4	
Arbeitskosten je geleisteter Arbeits- stunde	+ 6,0	+ 7,3	+ 10,5	- 1,0	+ 11,4	- 4,0	+ 21,0	

1) Löhne und Gehälter minus Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage

2) Bezogen auf die absoluten Werte

Struktur der Arbeitskosten gegenüber 1996 stark verändert

Auf das Entgelt für geleistete Arbeitszeit entfielen im Jahr 2000 in den ausgewählten Dienstleistungsbereichen mit durchschnittlich 18 002 EUR 61,7 Prozent der gesamten Arbeitskosten. 1996 betrug dieser Anteil 58,7 Prozent.

Die Personalnebenkosten machten demzufolge 2000 im Durchschnitt aller erfassten Dienstleistungsbereiche 38,3 Prozent aus. 1996 waren es noch 41,3 Prozent.

Das Entgelt für geleistete Arbeitszeit ist mit Ausnahme des Gastgewerbes in allen Dienstleistungsbereichen angestiegen, darunter im Kreditgewerbe mit 26,6 Prozent sehr stark.

Im Handel und Gastgewerbe machten die Personalnebenkosten etwas mehr als ein Drittel der gesamten Arbeitskosten aus. Im Kreditgewerbe hat sich der Anteil gegenüber 1996 zwar verringert, liegt aber mit 47 Prozent wesentlich höher als im Handel und Gastgewerbe und auch deutlich über dem Anteil der Personalnebenkosten im Produzierenden Gewerbe von rund 40 Prozent im Jahr 2000.

Die Personalnebenkosten sind in den Brandenburger Unternehmen des Gastgewerbes sowie der Handelsvermittlung und des Großhandels gesunken.

Im Handel insgesamt sind die Personalnebenkosten, vor allem durch die Erhöhung im Einzelhandel um 10,0 Prozent angestiegen. Im Kreditgewerbe betrug der Anstieg 11,8 Prozent.

Die größte Kostenkomponente unter den Personalnebenkosten stellen mit 4 947 EUR die Aufwendungen für Vorgesorgeeinrichtungen dar. Im Jahr 2000 belief sich der Anteil an den Arbeitskosten insgesamt auf 17,0 Prozent (1996 = 16,9 Prozent). Darunter fallen mit einem Anteil von 16,1 Prozent insbesondere die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung ins Gewicht. Die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung waren mit einem Anteil von 0,9 Prozent, das entsprach 264 EUR je Arbeitnehmer, eher marginal. Dies betrifft insbesondere das Gastgewerbe mit 33 EUR (Arbeitskostenanteil = 0,2 Prozent), aber auch den Handel mit 158 Euro (0,6 Prozent). Im Kreditgewerbe wurden je Arbeitnehmer 863 EUR (2,1 Prozent der Arbeitskosten) für die betriebliche Altersvorsorge aufgewendet.

Auf die Vergütung arbeitsfreier Tage (Urlaub, gesetzliche Feiertage, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) entfielen im Jahr 2000 mit 3 577 EUR 12,3 Prozent der Arbeitskosten.

An Sonderzahlungen (13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld, Gratifikationen, vermögensbildende Leistungen) leisteten die Arbeitgeber 2000 durchschnittlich 1 432 EUR je Arbeitnehmer. Das war rund ein Fünftel weniger als 1996. Der Anteil der Sonderzahlungen an den Arbeitskosten verringerte sich von 6,6 Prozent 1996 auf 4,9 Prozent im Jahr 2000.

Weniger Sonderzahlungen erhielten die Arbeitnehmer mit Ausnahme des Kraftfahrzeughandels im Handel sowie im Gastgewerbe. Im Kreditgewerbe stiegen die Sonderzahlungen gegenüber 1996 um 5,1 Prozent auf 4 771 EUR je Arbeitnehmer im Jahr 2000 an. Im Vergleich dazu lagen die Sonderzahlungen im Handel nur bei 826 EUR und im Gastgewerbe nur noch bei 325 EUR je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.

Unter den sonstigen Sonderzahlungen, die sich gegenüber 1996 um 16,3 Prozent auf 1 219 Euro je Arbeitnehmer verringerten, machen die Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung mit 809 Euro rund zwei Drittel aus. Der Anteil der sonstigen Personalnebenkosten insgesamt an den Arbeitskosten ist gegenüber 1996 von 5,3 Prozent auf 4,2 Prozent gesunken.

Die Arbeitskostenerhebung gibt auch Antwort auf die Frage, wie hoch die vom Gesetzgeber verursachten Personalnebenkosten (Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung bis zur 6. Krankheitswoche, Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger gesetzlicher Ausfalltage, Mutterschaftsgeld, Insolvenzausfallgeld, Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz) sind. Im Jahr 2000 waren dies im Durchschnitt der einbezogenen Dienstleistungsbereiche 6 085 EUR je Arbeitnehmer. Der Anstieg gegenüber 1996 betrug 5,9 Prozent. Der Anteil an den Arbeitskosten ist mit 20,9 Prozent unverändert geblieben.

Rückläufig waren die Aufwendungen der Arbeitgeber aus tarifvertraglichen Verpflichtungen und freiwilligen betrieblichen Leistungen, errechnet aus der Differenz zwischen den Personalnebenkosten insgesamt und den gesetzlichen Personalnebenkosten. Diese Aufwendungen betrugen 2000 durchschnittlich 5 090 EUR je Arbeitnehmer. 1996 waren es noch 5 575 EUR. Hier spiegelt sich insbesondere der Rückgang der Sonderzahlungen im Handel und Gastgewerbe wider.

Die Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde waren 2000 mit 16,70 Euro um 6,0 Prozent höher als 1996. Der Anstieg entsprach etwa dem der Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer. Daraus folgt, dass die effektiv geleistete Arbeitszeit 2000 im Vergleich zu 1996 im Durchschnitt der erfassten Erhebungsbereiche nahezu unverändert blieb.

**Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich
nach Unternehmensgrößenklassen im Jahr 2000**

Kostenart	Unternehmen mit Beschäftigten							
	10 - 49		50 - 99		100 - 199		200 - 499	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Arbeitskosten insgesamt	25 710	100	28 830	100	34 830	100	34 261	100
darunter Löhne und Gehälter	20 444	79,5	22 698	78,7	27 634	79,3	26 652	77,8
Entgelt für geleistete Arbeitszeit	16 701	65,0	18 157	63,0	21 107	60,6	19 389	56,6
Personalnebenkosten insgesamt	9 010	35,0	10 673	37,0	13 723	39,4	14 872	43,4
darunter gesetzliche Personalnebenkosten	5 511	21,4	5 939	20,6	7 129	20,5	6 981	20,4
Sonderzahlungen	653	2,5	1 032	3,6	2 044	5,9	2 988	8,7
Vergütung arbeitsfreier Tage	3 091	12,0	3 509	12,2	4 484	12,9	4 274	12,5
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	4 455	17,3	4 859	16,9	5 822	16,7	5 687	16,6
betriebliche Altersversorgung	138	0,5	246	0,9	415	1,2	491	1,4
sonstige Personalnebenkosten	811	3,2	1 273	4,4	1 373	3,9	1 922	5,6
Entlassungsentschädigungen, betriebliches Kurzarbeitergeld	80	0,3	95	0,3	151	0,4	141	0,4
Familienunterstützungen	18	0,1	2	0,0	24	0,1	243	0,7
Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen	11	0,0	7	0,0	16	0,0	152	0,4
Aufstockungsbeiträge bei Altersteilzeit	6	0,0	2	0,0	15	0,0	19	0,1
berufliche Bildung	577	2,2	999	3,5	976	2,8	1 084	3,2
Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde	14,52	x	16,08	x	20,80	x	20,32	x

Personalnebenkosten steigen mit Unternehmensgröße

Neben den Wirtschaftszweigen bestimmt auch die Unternehmensgröße, gemessen an der Zahl der Arbeitnehmer, Höhe und Struktur der Arbeitskosten. Tendenziell steigen die Arbeitskosten und darunter vor allem die Personalnebenkosten mit zunehmender Unternehmensgröße. So betrugen im Jahr 2000 die Arbeitskosten in kleinen Unternehmen mit 10 bis 49 Arbeitnehmern 25 710 EUR je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer und die Personalnebenkosten 9 010 EUR. In Unternehmen mit 200 bis 499 Arbeitnehmern waren die Arbeitskosten mit 34 261 EUR um ein Drittel und die Personalnebenkosten mit 14 872 EUR um zwei Drittel höher als in kleinen Unternehmen. Aussagen zu Unternehmen Brandenburgs mit 500 und mehr Beschäftigten sind für den Dienstleistungsbereich aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich.

Insbesondere bei den Sonderzahlungen ist der Zusammenhang zwischen zunehmender Unternehmensgröße und steigender Aufwendungen stark ausgeprägt. Aber auch bei der betrieblichen Altersversorgung und den sonstigen Personalnebenkosten wird dieser Zusammenhang deutlich.

Abgeschlossen werden die Beiträge zu den Arbeitskosten 2000 in einem der nächsten Hefte Daten + Analysen mit landesscharf abgegrenzten Betriebsergebnissen, d. h. es fließen auch die Arbeitskosten von Betrieben Brandenburgs ein, deren Unternehmenssitz in einem anderen Bundesland liegt.

Die Ergebnisse nach dem Unternehmenskonzept (welche Aufwendungen für den Faktor Arbeit müssen Brandenburger Unternehmen unabhängig vom Standort ihrer Betriebe aufbringen) unterscheiden sich insbesondere in den Dienstleistungsbereichen von denen nach dem Betriebskonzept (wie hoch sind diese Aufwendungen am Standort Brandenburg unabhängig vom Sitz des Unternehmens).

Wilfried Schenk

Konjunkturstatistik in ausgewählten Dienstleistungsbereichen

Am 22. August 2002 trat die Verordnung über konjunkturstatistische Erhebungen in bestimmten Dienstleistungsbereichen in Kraft.

Die Konjunkturstatistikverordnung ordnet eine vierteljährliche Erhebung für die Jahre 2003 bis 2005 bei höchstens 7,5 Prozent der Erhebungseinheiten folgender Dienstleistungsbereiche an: Abschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) und aus dem Abschnitt K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) die Abteilungen 72 (Datenverarbeitung und Datenbanken) und 74 (Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen).

Ziel der Erhebung

In den Dienstleistungsbereichen „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (Abschnitt I der Wirtschaftszweigsystematik) sowie „Datenverarbeitung und Datenbanken“ und „Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ (im Abschnitt K die Abteilungen 72 und 74) wurden in Deutschland bisher keine Konjunkturstatistiken durchgeführt.

Durch die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken (EG-Konjunkturstatistik-VO) ist Deutschland ab dem Jahr 2003 verpflichtet, vierteljährlich an das Statistische Amt der EG (EUROSTAT) Angaben zu Umsätzen und tätigen Personen bestimmter Dienstleistungsbereiche zu übermitteln.

Durch die Anordnung einer, vorerst auf drei Jahre befristeten, vierteljährlichen Erhebung dieser Angaben bei 7,5 Prozent der Unternehmen und Einrichtungen dieser Bereiche werden gleichzeitig auch die in Deutschland bestehenden Konjunkturstatistiken um entsprechende Daten ergänzt. Nicht zuletzt ermöglichen die Ergebnisse dieser Erhebung die Befriedigung des Datenbedarfs der deutschen Bundesländer.

Durchführung dieser Statistik

Grundsätzliches

Diese primäre Erhebung mit Auskunftspflicht soll für die Jahre 2003 bis 2005 als vierteljährliche Befragung bei Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit durchgeführt werden.

In dieser Statistik sind folgende Erhebungsmerkmale zu finden:

- ☐ Umsätze oder Einnahmen,
- ☐ Zahl der tätigen Personen,
- ☐ hauptsächlich ausgeübte wirtschaftliche Tätigkeit.

Bei Erhebungseinheiten mit Niederlassungen in mehreren Bundesländern und mit Umsätzen oder Einnahmen von insgesamt 250 000 EUR und mehr werden auch noch die Angaben in der Unterteilung nach Ländern erfragt. Das dient dem Zweck, die konjunkturelle Entwicklung auch länderscharf abbilden zu können. Da gerade die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung von einzelnen, sehr großen Unternehmen dominiert werden, würde in der Länderbetrachtung gerade die Entwicklung dieser Unternehmen fehlen, wenn man keine Aufteilung vornimmt.

Stichprobe

Die für diese Erhebung notwendige Stichprobenziehung erfolgt nach mathematisch-statistischen Verfahren. Die Stichprobe wird sowohl in der wirtschaftsfachlichen als auch in der regionalen Gliederung geschichtet. Der Stichprobenumfang beträgt bundesweit 7,5 Prozent der relevanten Unternehmen und Einrichtungen. Die Ergebnisse für diese 7,5 Prozent der Unternehmen und Einrichtungen werden nach Abschluss der Plausibilisierungen auf die Grundgesamtheit hochgerechnet.

Erhebungsdurchführung

Zur Durchführung dieser Erhebung steht von Beginn an die Nutzung moderner Medien im Vordergrund.

So soll bereits ab der ersten Erhebungsdurchführung für das I. Quartal 2003 die Möglichkeit geboten werden, die Auskünfte über Umsatz und Tätige Personen über Internet in Form einer Online-Erhebung zu erteilen. Nach einem, für den Datenschutz unabdingbaren Registrierungsprozedere, ist die Auskunftserteilung über das Internet schnell

und unkompliziert in der Handhabung. Bedenkt man, dass in diese Erhebung unter anderem die Bereiche 72 (Datenverarbeitung und Datenbanken) sowie 74 (Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a. n. g.) einbezogen sind, die das Internet als ständiges Arbeitsmittel nutzen, so ist davon auszugehen, dass hier eine hohe Akzeptanz der modernen Online-Erhebungsform zu finden sein wird.

Natürlich werden neben der Online-Erhebung auch die klassischen Erhebungsformen per Post oder Telefax angeboten.

Auswertung und Ergebniserstellung

Sind alle notwendigen Angaben eingegangen und plausibilisiert, werden noch zwischen den einzelnen Bundesländern Bereinigungen der Mehrländerunternehmen vorgenommen. Das bedeutet, dass die Umsätze und Tätigen Personen der Mehrländerunternehmen auf die jeweils beteiligten Länder saldiert werden. Dieser Schritt ist notwendig, um eine regional bereinigte Konjunkturaussage treffen zu können. Denkt man an die großen Unternehmen aus der Abteilung I, wie Post und Bahn, so wird die Notwendigkeit dieser Bereinigung deutlich und verständlich.

Nach der Bereinigung werden sowohl je Bundesland als auch für Deutschland insgesamt ein Vergleich zum jeweiligen Vorquartal und zum Vorjahresquartal vorgenommen, um eine verallgemeinerungsfähige Aussage zur konjunkturellen Entwicklung geben zu können. Bei diesem Vergleich sind die Statistischen Ämter bestrebt, der Realität so nahe wie möglich zu kommen. Nicht zuletzt hängt es in hohem Maße davon ab, inwieweit die Unternehmen und Einrichtungen ihrer Auskunftspflicht gerecht werden.

Ausblick

Mit der Einführung der Konjunkturstatistik in bestimmten Dienstleistungsbereichen wird eine weitere Informationslücke in der Darstellung der Wirtschaftsentwicklung geschlossen. Dass es sich hierbei um konjunkturrelevante Bereiche der Volkswirtschaft handelt, muss nicht besonders betont werden. Im Zeitalter des Outsourcing finden sich immer mehr Tätigkeiten, die eng mit dem Produktionsprozess im Produzierenden Gewerbe verbunden sind, in den Dienstleistungsbereichen wieder.

Die EG-Konjunkturstatistikverordnung befindet sich derzeit in Überarbeitung. Es ist damit zu rechnen, dass die abzubildenden Wirtschaftsbereiche auf weitere Dienstleistungsbranchen erweitert werden. Des weiteren ist davon auszugehen, dass die Indikatoren für die Konjunkturstatistik um zusätzliche Merkmale ergänzt werden. Inwieweit dieses erhöhte Informationsbedürfnis der Europäischen Union über primäre Erhebungen (speziell nach 2005) zu befriedigen ist, befindet sich derzeit in Überprüfung.

Neben dem europäischen Interesse an dezidierten Informationen zur Konjunktur auch im Dienstleistungsbereich muss auch der nationale und der regionale Bedarf über die konjunkturelle Situation dieser Wirtschaftsbereiche berücksichtigt werden. Die Politik benötigt fundierte Informationen über die Situation der Volkswirtschaft, um die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Diese Erhebung ist ein wichtiger Beitrag zur Bereitstellung wichtiger Indikatoren für Dienstleistungsbereiche und kann auch für die beteiligten Unternehmen und Einrichtungen als Informationsquelle dienen.

Sabine Quaiser

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg von 1993 bis 2001

Unter der erwerbstätigen Bevölkerung nehmen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten den mit Abstand größten und wichtigsten Platz ein. Auf ca. 80 Prozent wird z. Z. deren Anteil geschätzt. Der verbleibende Anteil setzt sich aus Selbständigen, Beamten, nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegenden Tätigkeiten zusammen.

Seit 1993 ist in Brandenburg die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stark rückläufig. Bis zum Jahr 2001 wurden rund 115 Tausend Beschäftigte an den Arbeitsorten insgesamt weniger registriert. Dabei ist die Zahl der Einpendler nach Brandenburg in den letzten fünf Jahren nahezu konstant geblieben; die Zahl der Auspendler in andere Bundesländer stieg dagegen um 39,4 Prozent.

Erfasst werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei der Bundesanstalt für Arbeit. Alle Betriebe, Unternehmen und Einrichtungen, die Arbeitnehmer beschäftigen sind verpflichtet, sowohl eine Erstmeldung abzugeben, als auch über alle Veränderungen (Ummeldungen, Abmeldungen usw.) zu berichten. Der Staat ist dadurch in der Lage, den jeweils aktuellen Stand der Beschäftigung zu ermitteln.

Da die Aufbereitung von den fristgemäßen Meldungen der Betriebe und Einrichtungen abhängt und die Verifizierung der Daten sehr aufwendig ist, besteht eine zeitliche Verschiebung von ca. 9 Monaten

Beschäftigung insgesamt (Arbeitsortprinzip)

Seit 1993 gibt es für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg verlässliche Ergebnisse. Von 1991 bis 1992 traten durch die erst aufzubauende Berichterstattung zahlreiche Unstimmigkeiten auf, so dass die Ergebnisse nicht zur Veröffentlichung gelangen konnten. Bis 1996 wurden nur Ergebnisse zum Arbeitsort veröffentlicht. Erst ab 1996 wurde auch der Wohnort ausgewiesen.

Insgesamt ist die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit 1993 stark rückläufig. Lediglich in den Jahren 1994 und 1995 war ein höheres Aufkommen als 1993 zu verzeichnen. So sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im genannten Zeitraum um 14,3 Prozent oder um 115 Tausend Beschäftigte. Demgegenüber steht eine Bevölkerungsentwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren auf 105,4 Prozent, so dass ein absoluter Rückgang von sozial-

versicherungspflichtig Beschäftigten mit der Vernichtung von Arbeit einhergegangen ist.

Diese Entwicklung hat Männer und Frauen gleichermaßen getroffen, wobei jedoch der Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei Männern mit 17,2 Prozent gegenüber den weiblichen Beschäftigten mit 10,0 Prozent erheblich größer ist. Die Ursachen sind vor allem im Wegbrechen typischer Wirtschaftszweige mit vorwiegend männlichen Beschäftigten zu sehen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort am 31.12.

Merkmal	1993	1995	1998	2001
Insgesamt	905 257	907 797	847 988	775 393
Männlich	487 092	491 327	448 069	403 255
Weiblich	418 165	416 970	399 919	372 138

Beschäftigung in den Wirtschaftszweigen nach der Stellung im Beruf

Da 1998 eine neue Wirtschaftszweigssystematik eingeführt wurde, sind Vergleiche und Zeitreihen zu den einzelnen Bereichen für den Zeitraum 1993 bis 2001 nicht möglich. Daher kann erst wieder ab 1998 eine Vergleichbarkeit erfolgen.

Die Entwicklung verlief seit 1998 in den einzelnen Wirtschaftsbereichen recht unterschiedlich.

Das Baugewerbe hatte allein im Zeitraum von 1998 bis 2001 einen Beschäftigungsrückgang von - 29,1 Prozent zu

verzeichnen, was sich in einem absoluten Rückgang von 35 374 Beschäftigten niederschlägt.

Auch der Bergbau und die Landwirtschaft hatten mit - 19,4 Prozent und - 19,7 Prozent einen hohen Beschäftigungsschwund zu verzeichnen.

Die öffentliche Verwaltung ist mit einem Rückgang der Beschäftigung von rund 10 300 Personen bzw. - 11,5 Prozent ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen worden.

Auch im ersten Quartal 2002 setzte sich dieser Trend in den genannten Bereichen ungehindert fort. Allein zwischen dem 31.12.2001 und dem 31.03.2002 waren über 22 000 Beschäftigte weniger in Lohn und Brot.

Bei den ausländischen Beschäftigten verläuft die Arbeitssituation weniger dramatisch. Hier ist im Zeitraum 1998 bis 2001 lediglich ein Rückgang von 2,4 Prozent festzustellen.

Dies ist vor allem dem Baugewerbe (- 35,3 Prozent) geschuldet. Bereiche wie Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen (+ 68,6 Prozent), das Gastgewerbe (+ 10,8 Prozent) sowie öffentliche und private Dienstleistungen (+ 7,3 Prozent) haben sogar mehr Beschäftigung.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Wirtschaftszweigen am 31.12

Wirtschaftszweig	1998	darunter Ausländer	2001	darunter Ausländer
Insgesamt	897 988	7 346	775 367	7 171
Land-, Forst-, Fischereiwirtschaft	33 903	.	27 214	.
Bergbau	10 397	.	8 201	.
Baugewerbe	122 257	1 132	86 883	732
Öffentliche Verwaltung	89 576	.	79 289	.

Vollzeit/Teilzeit

Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung werden erst seit 1995 für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte veröffentlicht.

In diesem Zeitraum hat sich die Vollzeitbeschäftigung kontinuierlich verringert und ist absolut um rund 146 Tausend Beschäftigte zurückgegangen. Dagegen nahm die Teilzeitbeschäftigung zu, wobei die Spitze 1998 erreicht wurde.

Eine Teilzeitbeschäftigung wird zu rund 71 Prozent von Angestellten genutzt bzw. auch in größerem Umfang zur

Verfügung gestellt, darunter vorzugsweise von Frauen (68,7 Prozent).

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach der Beschäftigungsart am 31.12.

Beschäftigungsart	1995	1998	2001
Vollzeit	821 998	737 321	676 049
Teilzeit	85 799	110 667	99 344

2001 waren 84,3 Prozent der Teilzeitbeschäftigten Frauen. Bemerkenswert ist, dass sich dieser Anteil seit 1998 nur um 0,4 Prozent verringert hat.

Beschäftigung am Wohnort

Im Jahre 2001 waren 897 822 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort in Brandenburg registriert. Gegenüber 1996, dem 1. Jahr der Differenzierung nach Wohn- und Arbeitsort, ist das ein Rückgang um ca. 37 Tausend Beschäftigte bzw. - 4 Prozent.

Es zeigt sich, dass die Brandenburger den Verlust an Arbeit in hohem Maße durch Arbeit in anderen Bundesländern auszugleichen versuchen. Bemerkenswert hierbei ist die Tatsache, dass bei den weiblichen Beschäftigten über die Jahre nur geringe nennenswerte Veränderungen erfolgten, während der Rückgang an männlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über 39 Tausend betrug.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort im Land Brandenburg am 31.12.

Merkmal	1996	1998	2001
Beschäftigte	934 797	935 695	897 822
Männer	503 869	493 272	464 599
Frauen	430 928	442 423	433 223

Betrachtet man die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die im Land Brandenburg wohnen und vorhandene Arbeit annahmen, so stellt sich folgendes Bild dar:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnsitz und Arbeitsort in Brandenburg nach Geschlecht

Jahr	Beschäftigte	Männer	Frauen
1998	760 100	389 431	320 669
2001	685 743	343 705	342 038

Der Verlust bzw. Wegfall von Arbeit in Brandenburg für Brandenburger betrifft zu zwei Dritteln Männer.

Besonders gravierend zeigt sich der Rückgang im Baugewerbe. Waren 1998 noch 110 040 Brandenburger in diesem Wirtschaftszweig in Brandenburg tätig, verblieben im Jahre 2001 nur noch 76 296 Beschäftigte, das ist ein Rückgang von 30,7 Prozent.

Da in diesem Zeitraum „nur“ ein Rückgang von ca. 1 000 beschäftigten Brandenburgern in anderen Bundesländern zu verzeichnen ist, muss davon ausgegangen werden, dass absolut für Brandenburger Bauschaffende die Arbeitsmöglichkeit in Größenordnungen nicht mehr vorhanden sind.

Gegenüber 1998 hat sich auch das wirtschaftliche Gefüge für Brandenburger sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Jahre 2001 stark verändert.

Deutlich zeichnet sich ein Strukturwandel in der Beschäftigung weg vom traditionellen produzierenden Gewerbe ab.

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte
Brandenburger mit Arbeitsort in Brandenburg
Veränderung von 1998 zu 2001**

Wirtschaftszweig	Prozent	absolut
Land-, Forst-, Fischereiwirtschaft	- 20,5	- 6 675
Bergbau	- 27,1	- 1 852
Verarbeitendes Gewerbe	- 4,0	- 4 169
Bauwesen	- 30,7	- 33 744
Handel, Gastgewerbe	- 5,4	- 6 442
Verkehr und Nach- richten	- 3,6	- 1 714
Sonstige Dienst- leistungen	- 5,5	- 18 061

Pendlerverhalten

Mit der Darstellung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowohl am Arbeits- als auch am Wohnort bietet sich die Möglichkeit Pendlerströme, Pendlerverhalten und -entwicklungen bis auf die Gemeinde zu analysieren. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Angaben zum Arbeitsort durch die recht tolerante Handhabung der Betriebsnummernvergabe nicht immer die Realität widerspiegeln. Oft haben Nebenstellen, Filialen, Zweigstellen von größeren Unternehmen keine eigenen Betriebsnummern und werden mit Arbeitsort des Hauptbetriebes geführt.

Trotz dieser bundesweit gängigen Praxis erlaubt die Betrachtung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in ihrer Einteilung zwischen Arbeits- und Wohnort interessante Einblicke.

1996 waren 934 800 Beschäftigte am Wohnort registriert, 37 000 mehr als im Jahre 2001, das heißt, dass effektiv im genannten Zeitraum die Beschäftigung für Brandenburger um 4,0 Prozent zurückgegangen ist, bei gleichzeitigem Anstieg der erwerbsfähigen Bevölkerung um über 40 000 Personen. Eine teilweise Kompensation dieses Beschäftigungsdefizits erfolgte durch eine Zunahme des Pendelns in andere Bundesländer. Im genannten Zeitraum verdoppelte sich nahezu der Pendlersaldo von - 63 000 auf - 122 000.

Das Pendlerverhalten und die -ströme wurden in Brandenburg in vier großen Kategorien untersucht. Ausgehend vom Wohnort des Beschäftigten kann der offizielle Arbeitsort innerhalb derselben Gemeinde, in einer anderen Gemeinde desselben Kreises, in einem anderen Kreis Brandenburgs oder in einem anderen Bundesland betrachtet werden.

**Entwicklung des Pendlerverhaltens der sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
in den kreisfreien Städten Brandenburgs**

Kreisfreie Städte	Insgesamt		Arbeitsort					
			innerhalb derselben Gemeinde		in einem anderen Kreis Brandenburgs		in einem anderen Bundesland	
	1996	2001	1996	2001	1996	2001	1996	2001
Brandenburg an der Havel	29 577	24 938	21 424	16 624	5 710	5 520	2 443	2 794
Cottbus	47 151	36 982	33 539	24 388	9 898	8 309	3 714	4 285
Frankfurt (Oder)	30 264	23 781	24 271	17 685	4 200	3 718	1 793	2 378
Potsdam	55 901	49 960	35 104	27 821	10 312	10 456	9 685	11 683

Bei der Betrachtung der vier kreisfreien Städte in Brandenburg zeigt sich deutlich, dass sich in den beiden peripheren Städten Cottbus und Frankfurt (Oder) sowohl die Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb der Stadt verschlechtert haben, als auch kaum bessere Bedingungen außerhalb der Stadt, so z. B. im näheren Umfeld gegeben sind. Potsdam als Landeshauptstadt profitiert eindeutig von seiner Stellung und auch von der Berlinnähe. In dessen Umkreis sind auch für Brandenburg an der Havel bessere Beschäftigungsbedingungen eingetreten. Cottbus als ehemaliges Zentrum der Kohle- und Textilindustrie im Süden Brandenburgs bekommt den Strukturwandel am stärksten zu spüren.

In den Landkreisen hat sich im betrachteten Zeitraum eine noch signifikantere Differenzierung ergeben.

Das sämtliche kreisfreie Städte einen positiven Pendler-saldo aufweisen, ist nichts ungewöhnliches und durchaus logisch.

Bei den Landkreisen jedoch wiesen alle einen Negativsaldo aus, der teilweise beträchtliche Ausmaße angenommen hat.

In den Landkreisen Barnim, Dahme-Spreewald, Märkisch-Oderland und Oberhavel differierte 2001 beinahe bei jedem 2. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Wohn- und Arbeitsort.

Potsdam-Mittelmark dagegen hat als einziger Landkreis nominell mehr Pendler in umliegende Landkreise und andere Bundesländer als Einheimische im eigenen Kreis Beschäftigung fanden. Die Ursachen liegen vor allen darin, dass kein anderer brandenburgischer Landkreis so viele große und größere Städte im nahen und mittleren Umfeld (Berlin, Potsdam, Brandenburg an der Havel, Städte in Sachsen-Anhalt) hat, die bessere Beschäftigungsmöglichkeiten aufweisen.

**Entwicklung des Pendlerverhaltens
von 1996 bis 2001 (1996 = 100)**

Wohnsitz- kreis	Arbeitsort			
	innerhalb derselben Gemeinde	in einer anderen Kreis- gemeinde	in einem anderen Kreis Branden- burgs	in einem anderen Bundes- land
	Prozent			
Kreisfreie Städte	75,7	x	93,0	119,9
Landkreise	82,0	88,6	106,7	138,3

Die Entwicklung des Pendlerverhaltens von 1996 bis 2001, sowohl bei den Landkreisen als auch bei den

Stadtkreisen lassen in den vier Pendlerkategorien folgende Schlüsse zu:

- ❑ Potentielle Arbeitnehmer der kreisfreien Städte sind auf Grund der Arbeitsplatzsituation oder der besseren Mobilität weniger geneigt, in andere brandenburgische Landkreise oder andere Bundesländer zu pendeln.
- ❑ Da alle vier kreisfreien Städte Brandenburgs einen z. T. starken Bevölkerungsschwund aufweisen (als Folge oder Ursache sinkender Beschäftigungsmöglichkeit), liegt der Schluss nahe, dass ein gänzlicher Wegzug eher in Frage kommt als nahes oder entferntes Pendeln zur Arbeit.
- ❑ In den Landkreisen ist die Bindung an den angestammten Wohnort eher mobilitätsfördernd, daher die relativ höhere Bereitschaft, auch über größere Entfernungen zu pendeln.

Das Pendlerverhalten innerhalb Deutschlands

Brandenburg ist kein ausgesprochenes Einpendlerland. Abgesehen von Berlin und den angrenzenden Bundesländern nehmen sich Beschäftigungsverhältnisse aus den alten Bundesländern sehr bescheiden aus. Neben Niedersachsen und Rheinland-Pfalz hat Brandenburg den höchsten Negativsaldo zwischen Ein- und Auspendlern.

Seit 1996 hat sich die Zahl der Einpendler nach Brandenburg nahezu konstant auf einen Wert von 89 Tausend Beschäftigten gehalten. Beim Einzug aus Berlin ist ein nennenswerter Anstieg um 10,5 Prozent oder 5,2 Tausend Beschäftigte zum Jahr 2001 zu verzeichnen.

Dem gegenüber steht ein um 39,4 Prozent gestiegenes Auspendlerverhalten. Auch hier wirkt vor allem die Hauptstadt-nähe.

Insgesamt arbeiteten im Jahr 2001 mehr als zwei Drittel der Brandenburger Auspendler in Berlin. Dieser Anteil hat sich gegenüber den Vorjahren nur geringfügig verändert. Besonders Baden-Württemberg (+ 96,8 Prozent), Bayern (+ 84,2 Prozent), Hessen (+ 66,2 Prozent) und Hamburg (+ 62,6 Prozent) wurden in den letzten drei Jahren verstärkt zum Arbeitsland vieler Brandenburger. Der Anteil von Frauen an den Auspendlern ist nur geringfügig seit 1998 gestiegen und lag im Jahr 2001 bei 42,0 Prozent.

Zur Arbeit nach Brandenburg pendeln neben den Berlinern vor allem Arbeitnehmer aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Von den westlichen Bundesländern sind Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit Abstand am stärksten in Brandenburg vertreten, wenn auch mit leichtem Rückgang. Dabei war

2001 ein allgemeiner Trend, dass aus acht von den zehn westlichen Bundesländern weniger Arbeitnehmer einpendelten als noch 1998.

Betrachtet man die Pendler nach dem Alter, so zeigt sich, dass die 30-45-Jährigen am mobilsten sind, aber auch die 45-Jährigen und älter eine hohe Mobilität aufweisen, die sogar in den letzten drei Jahren noch gestiegen ist.

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den Ein- und Auspendlern			
Jahr	Altersgruppe		
	unter 30	30 – 45	45 und älter
Prozent			
	Einpendler		
1998	22,6	48,6	28,8
2001	20,8	47,7	31,5
	Auspendler		
1998	24,1	47,8	28,1
2001	24,5	46,1	29,4

Nach und aus Berlin sind die größten Pendlerströme zu verzeichnen. Nicht von ungefähr sind die an Berlin angrenzenden Landkreise und deren berlinnahe Gemeinden die Landkreise mit dem höchsten Pendleraufkommen. 2001 kamen 72,7 Prozent der Berlinpendler aus den an-

grenzenden brandenburgischen Landkreisen und 89,5 Prozent der Berliner pendelten auch in diese Landkreise.

Bemerkenswert ist, dass im Zeitraum von 1998 bis 2001 die Zahl der nach Berlin pendelnden Brandenburger auf mehr als das 7-fache (+ 21 874) gegenüber den nach Brandenburg pendelnden Berlinern (+ 2 855) gestiegen ist. Bessere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in der Hauptstadt sind die Hauptmotive der Brandenburger.

Im Jahr 2001 pendelten mehr Berliner nach Brandenburg als je zuvor.

Fazit

Die Entwicklung der Beschäftigung in Brandenburg ist fest eingebunden in die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Die Krise wichtiger Branchen, wie im Bauwesen und im Bergbau, hatte sich besonders auf den Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ausgewirkt.

Die berufliche Mobilität der Brandenburger hat sich in den letzten Jahren weiter zugunsten der Arbeitsaufnahme in anderen Bundesländern entwickelt. Nahezu jeder 5. Brandenburger arbeitete außerhalb der Landesgrenze. Demgegenüber war im Jahr 2001 fast jeder neunte Arbeitsplatz in Brandenburg durch Arbeitnehmer anderer Bundesländer besetzt.

Peter Kuchta

Im Blickpunkt: Informationsgesellschaft



Die **Informationsgesellschaft** steht im Mittelpunkt der neu erschienenen Ausgabe der Schriftenreihe „Im Blickpunkt“ des Statistischen Bundesamtes.

Das Thema „Informationsgesellschaft“ wird aus den verschiedensten Blickwinkeln statistisch beleuchtet. Ob es

um die Bedeutung der Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung geht, das Gründungsgeschehen von Unternehmen mit Tätigkeiten im Informations- und Kommunikationssektor (IuK-Sektor) oder ihr Verschwinden vom Markt, um die Produktion von und den Handel mit IuK-Gütern, die Entwicklung der Preise für solche Produkte, die Rolle des

Computers in der Berufswelt oder die Frage, von welchen Faktoren die Ausstattung der Haushalte in Deutschland mit PCs, Handys oder Internetzugängen abhängt – der vorliegende Band bietet eine Fülle von Daten zu diesen und weiteren Aspekten des Themenspektrums.

Der komplette Band „Im Blickpunkt: Informationsgesellschaft“ ist unter ISBN 3-8246-0650-X im Buchhandel zum Preis von 12,80 EUR erhältlich.

Er kann zum gleichen Preis auch online über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes bezogen werden unter

www.destatis.de/shop

Software-Anforderungen für Webprojekte Vorgehensmodelle - Spezifikation - Design

Thaller, Georg E.
Bonn: Galileo Press, 2002
ISBN 3-89842-239-9
Preis: 34,90 EUR



Wer sich mit der Planung und dem Design von Software-Projekten, nicht nur im Bereich Web-Projekte, beschäftigen will, findet hier den richtigen Einstieg.

An Hand vieler Beispiele aus der Praxis werden der Sinn einer soliden Projektierung, die Möglichkeiten der unterschiedlichen Ansätze und ihrer einzelnen Arbeitsschritten verdeutlicht. Dabei steht nicht der starre Ablauf sondern immer der Sinn oder Unsinn bestimmter Abläufe im Vordergrund. Die Kernfrage dabei ist immer wieder, wie man verhindert, dass das Projekt an irgend einer Stelle scheitert und wie man die Ursache dafür rechtzeitig erkennen und verhindern kann.

Dieses Buch liefert gute Ansätze für jemanden, der sich in die Problematik der Projektierung einarbeiten will, aber auch für bereits erfahrende Projektanten.

Thomas Kraus

Ausgabe 2002 von „Statistik regional“ auf CD-ROM erschienen

„Statistik regional“ ist eine von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam herausgegebene Datenbank. Die CD-ROM bietet die Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Fakten aus der amtlichen Statistik für Landkreise und kreisfreie Städte, Regierungsbezirke, Länder und das Bundesgebiet zu recherchieren und zu spezifischen Tabellen zusammenzustellen.



Der Datenabruf ist einfach und schnell handhabbar. Recherchierte Ergebnisse können Sie sowohl ausdrucken als auch im „.TXT“- oder „.XLS“-Format speichern und weiterverarbeiten. Die CD-ROM „Statistik regional“ enthält die Datenbank mit der zum Betrieb erforderlichen Software, sowie eine Übersichtskarte mit der administrativen Gliederung Deutschlands als pdf-Datei. Systemvoraussetzung ist das Betriebssystem Windows 95, Windows 98 oder NT 4.0.

„Statistik regional“ wird jährlich aktualisiert und fortgeschrieben. Die derzeit lieferbare Ausgabe 2002 enthält die Daten für die Berichtszeiträume 1995 bis 2000.

Die CD-ROM Statistik regional 2002 kostet als Einzelplatzversion 148 EUR, einschließlich Versandkosten. Ihr liegt ein Gutschein bei, mit dem auf die nächste Ausgabe ein Preisnachlass von 50 Prozent gewährt wird. Eine Demo-Version mit vollem Funktionsumfang und Beispieldaten ist kostenlos erhältlich.

Auszüge aus dem Inhalt von Statistik regional sind im Internetangebot des Landesbetrieb Datenverarbeitung und Statistik unter www.brandenburg.de/statreg zu finden.

Bestellungen richten Sie bitte an den:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik
Postfach 60 10
14410 Potsdam



0331 39 - 418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de

Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im Januar 2003

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Informationsmanagement - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de bezogen werden.
Veröffentlichungen auf elektronischen Datenträgern sind rechts neben dem Verkaufspreis gekennzeichnet (☐ - Disketten, © - CD-ROM).

Kennziffer	Titel	Preis in EUR
A I 1 - m 08/02	Bevölkerungsstand - August 2002	1,25
A I 1 - m 09/02	- September 2002	1,25
A I 2 - hj 1/02	Bevölkerung der Gemeinden, 30.06.2002	3,75 18,75 ☐
A II 1 - m 08/02	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene - August 2002	1,25
A II 1 - m 09/02	- September 2002	1,25
A III 1 - m 09/02	Wanderungen, September 2002	1,25
A IV 3 - vj 2/02	Sterbefälle nach ausgewählten Todesursachen 2. Vierteljahr 2002	1,75
A VI 5 - vj 3/01	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer - Vorläufige Ergebnisse 30.09.2001 (Stand: Mai 2002)	4,75
A VI 5 - vj 4/01	- Vorläufige Ergebnisse 31.12.2001 (Stand: Juni 2002)	4,75
A VI 5 - vj 1/02	- Vorläufige Ergebnisse 31.03.2002 (Stand: Oktober 2002)	4,75
A VI 7 - m 11/02	Arbeitsmarkt, November 2002	2,50
A VI 12 - vj 3/01	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer und deren Pendlerverhalten - am 30.09.2001, Vorläufige Ergebnisse (Stand: Mai 2002)	5,00
A VI 12 - vj 4/01	- am 31.12.2001, Vorläufige Ergebnisse (Stand: Juni 2002)	5,00
A VI 12 - vj 1/02	- am 31.03.2002, Vorläufige Ergebnisse (Stand: Oktober 2002)	5,00
B VII 1 - 5/02	Bundestagswahl 2002, Repräsentative Wahlstatistik	3,25
C II 2 - j/02	Ernteberichterstattung über Gemüse im Freiland und unter Glas oder Kunststoff 2002 - Endgültiges Ergebnis	2,25
C II 3 - j/02	Ernteberichterstattung über Obst 2002, Endgültiges Ergebnis	1,75
C III 2 - m 11/02	Schlachtungen und Fleischerzeugung, November 2002	1,75
C III 3 - m 10/02	Milcherzeugung und Milchverwendung, Oktober 2002	1,50
E I 1; 3 - m 11/02	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden - Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex, November 2002	3,75
E I 2 - m 11/02	- Produktionsindex, November 2002	2,00
E I 6 - j/01	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2001, Investitionen	3,00
E II 1 - m 11/02	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) - November 2002	2,50
E II 3; III 3 - j/01	- Ergebnisse der jährlichen Unternehmens- und Investitionserhebung 2001	2,00
E V 1 - hj 1/02	Handwerk 1. Halbjahr 2002	2,50
F II 1; 2 - m 11/02	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, November 2002	2,50
G I 1 - m 11/02	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel - Messzahlen - - November 2002, Vorläufige Ergebnisse	2,00
G III 1; 3 - j/01	Ausfuhr- und Einfuhr - 2001, Endgültige Ergebnisse	2,75
G III 1; 3 - m 10/02	- Oktober 2002, Vorläufige Ergebnisse	2,75
G VI 1 - m 10/02	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr - Oktober 2002	3,50
G VI 1 - m 11/02	- November 2002	3,00
G IV 3 - m 11/02	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe - Messzahlen - - November 2002, Vorläufige Ergebnisse	1,75
H I 1 - m 10/02	Straßenverkehrsunfälle - Oktober 2002, Endgültiges Ergebnis	2,75
H I 1 - m 11/02	- November 2002, Vorläufige Ergebnisse	1,25
H II 1 - m 11/02	Binnenschifffahrt, November 2002	2,50
K VIII 1 - 2j/01	Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen sowie Empfänger von Pflegegeldleistungen, 2001	4,00
M I 2 - m 12/02	Preisindex für die Lebenshaltung, Dezember 2002	3,00
M I 4 - vj 4/02	Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, November 2002	2,25
N I 1 - vj 4/02	Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe - Oktober 2002	2,75
Daten+Konjunktur 11/2002	Ausgewählte Konjunktur- und Landesdaten für das Land Brandenburg in Bild und Zahl	-

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe „Daten + Analysen“					
Heft	Themen-/ Querschnittshefte	Preis	Heft	Themen-/ Querschnittshefte	Preis
4/1998	Kinder in Brandenburg	3,50 EUR	I/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR	II/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
5/2000	Industrieinvestitionen 1995 - 1998		III/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
	Landtagswahl 1999		IV/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
	Tourismus 1999		2/2001	Ältere Menschen	3,50 EUR
	Region Havelland-Fläming	5,25 EUR	1/2002	Statistischer Jahresbericht 2001	6,50 EUR
6/2000	Mikrozensus 1999		2/2002	Der Brandenburger Außenhandel 1991 - 2000	3,00 EUR
	Insolvenzgeschehen		I/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
	Handwerk		II/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
	Umweltschutzingvestitionen	4,50 EUR	III/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
7/2000	Baugenehmigungsgeschehen im Bevölkerungszusammenhang				
	Sozialhilfeleistungen 1994-1999				
	Landwirtschaftszählung 1999				
	Strafvollzug				
	Sozialer Wohnungsbau 1999	4,75 EUR			

Statistisches Jahrbuch 2002



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat das Statistische Jahrbuch 2002 für das Land Brandenburg herausgegeben. Mit diesem Nachschlagewerk erhält der Leser auf über 600 Seiten einen Informationsquerschnitt über alle Lebensbereiche von A wie Ausbildung bis Z wie Zulassung von Kraftfahrzeugen.

Das Statistische Jahrbuch gehört zu den bekanntesten und am meisten gefragten Veröffentlichungen des LDS. Der Nutzer findet statistische Angaben zu fast allen Lebensbereichen des Landes Brandenburg sowie ausgewählte, vergleichende Daten zu anderen Bundesländern und Deutschland.

Das Jahrbuch ist auch auf CD erhältlich.

Das Buch (ISBN 3-931767-11-6) und die CD (ISBN 3-931767-12-4) kosten jeweils 20,00 EUR.

Buch und CD zusammen (ISBN 3-931767-13-2) haben den Vorteilspreis von 30,00 EUR.

Bestellungen bitte an den



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de